



Blick auf Havanna

In der Schulpause



Musik



Grapelruiternte



Aufmerksame
Schüler



Kubanische
Junge Pioniere



Probe vor
dem Karneval

Fotos:
W. Wessenski,
S. Goljakow,
S. Petruchin
und TASS

Am 1. Januar 1959 siegte das kubanische Volk im revolutionären Kampf gegen die Diktatur Batistas. Die Aufständischen marschierten in Havanna ein. Der Tyrann floh ins Ausland und nahm die Staatskasse mit.

Kuba ist ins dritte Jahrzehnt seines neuen Lebens getreten, ist also schon in einem reifen Alter und doch jung zugleich: im Fühlen, Denken und Tun. Die Dinge stehen gut auf Kuba. Die Zafra — die Ernte — nimmt ein neues Aussehen an. Immer weniger wird von Hand gearbeitet, der Ertrag wird bereits zu etwa 40 % mit Kombinen eingebracht, die gemeinsam von kubanischen und sowjetischen Ingenieuren und Arbeitern gebaut worden sind. Rapide entwickelt sich die Industrie. Besonderes Gewicht wird auf Nickel gelegt, das einer der wichtigsten Exportartikel ist. Dem langfristigen Zielprogramm für die Zusammenarbeit der RGW-Länder zufolge soll auf Kuba ein Atomkraftwerk gebaut werden.

Индекс 70624 на немецком языке

NEUE ZEIT

JANUAR 1980

1

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

Datum: _____ Unterschrift: _____

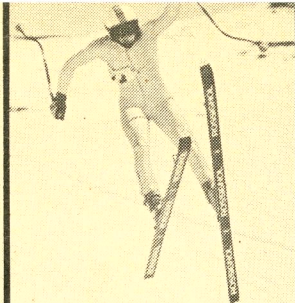
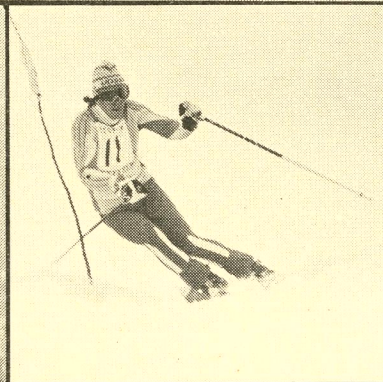


WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

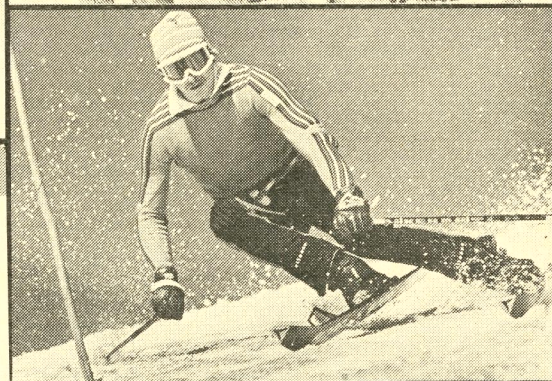
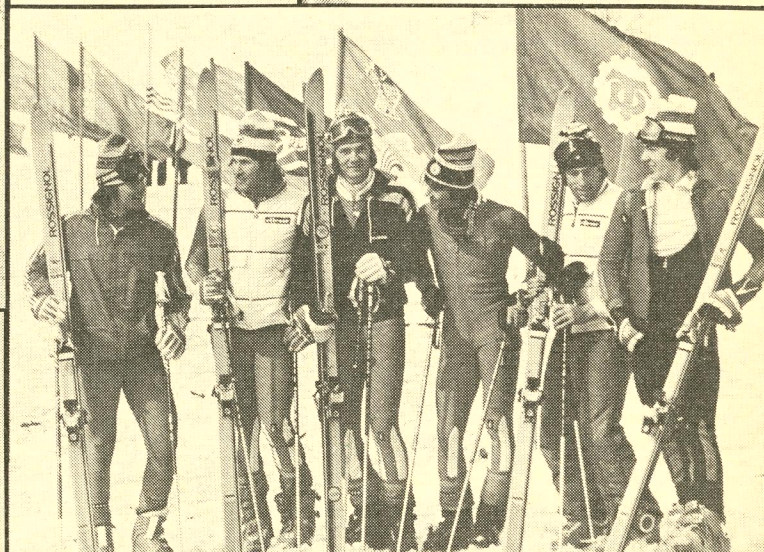


14159-1 123 678 190
BIBLIOTHEK-REZ
BELS-13-14
7500=3308

**SOWJETUNION
IM BILD**



Die Anwärter für die sowjetische Olympia-Mannschaft im alpinen Abfahrtslauf (Männer) (v. l. n. r.): Wladimir Makejew, Waleri Zyganow, Alexander Shirow, Wladimir Sinetow, Dagib Gulijew und Sergej Tschaadajew vor dem Training und auf der Piste



Fotos:
K. Denissow
(TASS)

Die sowjetischen Abfahrtsläufer waren in der letzten Saison in aller Munde, als Wladimir Makejew als erster sowjetischer Vertreter zu den zehn stärksten Sportlern der Weltmeisterschaft aufstieg. Unsere Skiasse hielten sich großartig auf allen Etappen der Welt- und der Europameisterschaft. Im Riesenslalom der Europameisterschaft siegte Alexander Shirow, den 2. Platz errang Wladimir Andrejew.

Das erfolgreiche Auftreten bei internationalen Wettkämpfen wurde auch in der jetzigen

Saison fortgesetzt. Waleri Zyganow stieg zur Elite der Weltmeisterschaftsanwärter auf. Wladimir Makejew, den ausländische Experten als „sibirischen Wirbelwind“ bezeichneten, hat bei der Olympischen Woche in Lake Placid viele anerkannte Meister überboten. Unter den 30 Favoriten werden heute auch sowjetische Abfahrtsläuferinnen genannt.

Jetzt treffen die Großen des Abfahrtslaufs die letzten Vorbereitungen auf die Winterolympiade in Lake Placid.

WORT DES REDAKTEURS

ZEIT DER BEFÜRCHTUNGEN, ZEIT DER HOFFNUNGEN

Wir sind ins Jahr 1980 und damit ins vorletzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts getreten. Was möchten wir den Menschen zu dieser Wende vor allem wünschen?

Die Gedanken der sowjetischen Menschen hat Leonid Breschnew unlängst treffend so ausgedrückt: „Die Politik der Entspannung — jeder weiß ja, wieviel die sozialistischen Länder für ihren Erfolg getan haben — hat große Hoffnungen erweckt. Es ist notwendig, daß sie eintreffen. Wir sind dafür, daß die 80er Jahre vom ‚Nervenkrieg‘ befreit werden, von Argwohn und Ängsten und, was die Hauptsache ist, vom Wettrüsten.“

Die ganze internationale Entwicklung schien in dieser Richtung zu führen. Die Friedensinitiativen der UdSSR vom vergangenen Herbst boten für Entspannung und Abrüstung neue Aussichten.

Bei gutem Willen der anderen Seite könnte das Jahr 1980 durchaus als das Jahr eingeläutet werden, in dem der SALT-II-Vertrag in Kraft tritt und seriöse Verhandlungen über eine Reduzierung der Raketen- und Kernwaffen in Europa geführt werden. Eine Konsolidierung der Entspannung und ihre Ausdehnung auf das militärische Gebiet — das wäre doch ein schönes Neujahrsgeschenk für alle Völker der Erde!

Leider zogen es die westlichen Strategen vor, anders zu handeln. Der US-Senat vertagte die Debatten über den SALT-II-Vertrag und bestätigte schleunigst den größten Militäretat in der Geschichte der USA. Der NATO-Rat hat den vernunftwidrigen Beschluß gefaßt, noch fast 600 amerikanische Kernraketen in Ländern Westeuropas zu stationieren. Damit war das Signal zu einer neuen Runde im Wettrüsten gegeben und die vorhandene Grundlage für sofortige Verhandlungen über einen Abbau dieser Waffen zerstört.

Eine günstige Gelegenheit ist schwer zu erwarten, aber leicht zu versäumen — diese Weisheit kannte man schon im alten Rom. Die Chance, die sich die Herren von der NATO entgehen ließen, wird sich vielleicht nicht so bald wieder ergeben, und das wird den Atlantikpolitikern gewiß noch so manches Mal leid tun.

Es wäre jedoch kurzsichtig zu verkennen, daß

das Vorgehen der USA und der NATO die internationale Lage erschwert hat. Man kann die Besorgnis und Entrüstung verstehen, die in weiten Kreisen der Weltöffentlichkeit darüber empfunden wird. Die internationale Entspannung und alles, was sie für die Beziehungen der Völker zueinander ergeben hat, ist heutzutage weltpolitisch von großem, unvergänglichem Wert. Die Friedenskräfte wollen nicht dulden, daß Generale und Politiker, die von dem gefährlichen Hang nach dem kalten Krieg nicht zu heilen sind, mit der Entspannung ihr Spiel treiben. Die vor Neujahr in vielen Ländern abgehaltenen und noch jetzt fort dauernden Massenaktionen haben gezeigt, daß die Menschen fest entschlossen sind, gegen die Ausführung der NATO-Beschlüsse zu kämpfen, solange noch Zeit ist, vom Wege der Abenteuer und Drohungen auf den Weg der Vernunft und der Suche nach beiderseits annehmbaren Entscheidungen zurückzukehren.

Nicht zum ersten Mal versucht man, dem Sowjetstaat mit Gewalt und „militärischer Überlegenheit“ zu drohen. Nie aber hat es unser Land irgend jemandem erlaubt, ihm gegenüber einen diktatorischen Ton anzuschlagen. Lenin sagte schon in der Frühzeit der Sowjetmacht: „Wir haben von den alliierten Mächten ... Drohungen mit Kanonen gehört. Wir haben uns durch diese Drohungen nicht erschrecken lassen.“ So war es in der Geschichte der UdSSR immer, und so wird es natürlich auch jetzt sein.

Alle Erwartungen, mit der UdSSR von einer „Position der Stärke“ aus verhandeln zu können, sind auf Sand gebaut. Alle Versuche der NATO, das erzielte Gleichgewicht zu stören und sich eine „militärische Überlegenheit“ über die Welt des Sozialismus zu verschaffen, werden zu nichts führen. Das haben unser Land und seine Verbündeten gelassen, jedoch fest erklärt. Die sozialistischen Länder werden imstande sein, wie es sich gehört für ihre Sicherheit, für den Schutz der friedlichen Arbeit ihrer Völker zu sorgen. Sie haben dazu den Willen, die Entschlossenheit wie auch die nötigen Mittel und Möglichkeiten. Für die politischen Trödler, die beim Eintritt ins neue Jahr und ins neue Jahrzehnt damit beschäftigt sind, Ladenhüter wie die schäbige Doktrin von der „Politik der Stärke“ eilig aufzufrischen, ist es noch nicht zu spät, sich das durch den Kopf gehen zu lassen.

Was die sowjetischen Menschen betrifft, so sind sie, wie gesagt, bereit, alles zu tun, damit die großen Hoffnungen eintreffen, die die Völker in die Entspannungspolitik gesetzt haben. Wir brauchen kein Wettrüsten! Wir sind für seine Einstellung und für den wirklichen Abbau der vorhandenen Waffen. Wir sind für Frieden, für ehrliche internationale Zusammenarbeit und für Vertrauen unter den Staaten und Völkern. Kurz, wir sind für das, wofür sich die ganze fortschrittliche Menschheit einsetzt und kämpft.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 1 JANUAR 1980

Gründungsjahr 1943

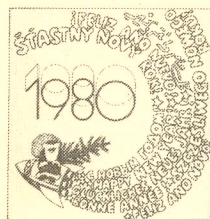
Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

| | |
|--|----|
| Zeit der Befürchtungen, Zeit der Hoffnungen | 1 |
| W. Sagladin — An der Schwelle der 80er Jahre... | 5 |
| A. Uswatow — UdSSR—Angola. Bewährte Freundschaft | 8 |
| R. Hiltunen — Aufruf zum Handeln | 8 |
| O. Ignatjew — Portugal. Lehren aus den Wahlen | 10 |
| N. Schimmel — Südkorea. 2. Akt des Dramas | 10 |
| W. Fjodorow — Verantwortungslos | 11 |
| A. Lewin — Kampuchea. Wie die Freiheit erkämpft wurde | 12 |
| Zu einem Dokument der SP Frankreichs | 14 |
| S. Goljakow — Gesucht und gefunden | 15 |
| Notizen ♦ Glossen | 16 |
| Naher und Mittlerer Osten | |
| D. Wolski — Kurzschuß | 18 |
| J. Gudkow — Washingtons Schachzüge | 18 |
| A. Nikolajew — Gespinnst von Komplotten | 19 |
| Yasser Abd Rabbou — PLO denkt an die Zukunft | 21 |
| R. Andreassian — OPEC: Kein Einheitspreis | 22 |
| B. Assojan — Fortsetzung folgt (Statt eines Nachrufs) | 23 |
| I. Huseini — Kuba, Guantánamo — Land der vielen Flüsse | 24 |
| Táňa Hájková, Jelena Knorre — Die Sonnen-Ära | 26 |
| Piraten des 20. Jahrhunderts | |
| S. Milin — Freibeutersyndikate | 28 |
| W. Gawilewski — Romantik verkehrt | 28 |
| Diskussion mit dem Leser | 31 |
| PS | 32 |



Die Redaktion gratuliert ihren Lesern herzlich zum Neuen Jahr. Möge 1980 ein Friedensjahr sein und allen Menschen Glück bringen!

Titelgestaltung: O. Winogradow

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschadj

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics



Am 24. Februar werden die sowjetischen Menschen die Abgeordneten zu den Obersten Sowjets aller Unionsrepubliken und autonomen Republiken, zu den örtlichen Sowjets der Volksdeputierten wählen. Mitte Dezember hat die Aufstellung der Kandidaten begonnen. Die Wahlversammlung des Kollektivs der Moskauer Technischen Hochschule „N. E. Bauman“ hat einstimmig beschlossen, Leonid Breschnew, den Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, als Kandidaten für den Obersten Sowjet der RSFSR im Bauman-Wahlkreis Moskaus aufzustellen. Unser Bild: Auf der Wahlversammlung in der Bauman-Hochschule

Foto: TASS

Wiedergeburt widersteht zusammen mit den anderen patriotischen Parteien und Organisationen der Nationalen Fortschrittlichen Front mutig den neokolonialistischen Umrufen und der israelischen Aggression, indem sie für den Zusammenschluß der arabischen Länder auf antiimperialistischer Grundlage, für eine gerechte umfassende Regelung des Konflikts im Nahen Osten im Interesse der Völker dieser Region eintritt.“

Vom 18. bis 20. Dezember fand in Helsinki eine außerordentliche Bürotagung des Präsidiums des Weltfriedensrates statt. Die Tagung appellierte an die Weltöffentlichkeit, entschieden gegen die Verwirklichung des NATO-Beschlusses für die Stationierung qualitativ neuer US-Raketen in Westeuropa aufzutreten. Der NATO-Beschluß löste in aller Welt immer stärkere Proteste aus. Progressive Parteien, namhafte Staatsmänner und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens rufen dazu auf, die unheilvollen Pläne zu vereiteln. In Frankreich, Italien, Dänemark, der BRD, den USA und anderen Ländern fanden Massendemonstrationen statt (siehe S. 8).

Emil Wojtaszek, Außenminister der VR Polen, stattete am 20. und 21. Dezember

„NEUE ZEIT“ 1-80

In der Nacht zum 19. Dezember wurde ein verbrecherischer Anschlag auf die Aeroflot-Vertretung im Münchner Stadtzentrum verübt. Eine Explosion und ein Brand zerstörten das Büro. Das UdSSR-Außenministerium protestierte entschieden gegen den verbrecherischen Anschlag und verlangte eine strenge Bestrafung der Schuldigen und Schadenersatz.

Eine Erklärung der Sozialistischen Internationale, die ihr Vorsitzender Willy Brandt und Generalsekretär Bernt Carlsson unterschrieben haben, enthält den Aufruf, das Wettrüsten zu beenden und Abrüstungsverhandlungen aufzunehmen, um eine Stationierung neuer Arten von Kernwaffen in Europa zu vermeiden. Die Sozialistische Internationale appelliert ferner an den US-Senat, sobald wie möglich das SALT-II-Abkommen zu ratifizieren.

Ein Ausschuß zur Gründung einer Partei der Werktätigen Äthiopiens wurde in Addis Abeba gebildet. Aufgabe der Partei wird es sein, den Kurs des Aufbaus des Sozialismus im Land zu verwirklichen, erklärte Mengistu Haile Mariam, Vorsitzender des Provisorischen Militärverwaltungsrates.

In Kolumbien wurde eine Demokratische Front gebildet, der die KP sowie eine Reihe anderer demokratischer Parteien und Organisationen angehören. Die Front wird bei den Regionalwahlen 1980 und bei den allgemeinen Wahlen 1982 mit gemeinsamen Listen antreten.

Die US-Administration übt weiterhin Druck auf den Iran aus. Die USA beantragten offiziell eine Einberufung des UN-Sicherheitsrates, der internationale Wirtschaftssanktionen gegen den Iran verhängen solle, um so die Freilassung der Geiseln zu erreichen. Ayatollah Khomeini erklärte, der Iran werde sich — wenn sich die USA mit ihrem Wunsch nach Sanktionen durchsetzen — an andere Länder mit der Bitte wenden, diese Maßnahmen zu ignorieren und den Wirtschaftsbedarf des Landes zu decken.

In Panama fanden Großkundgebungen gegen den Aufenthalt des Ex-Schahs im Lande und die Gewährung des Asyls an ihn statt. Es kam zu zahlreichen Zusammenstößen der Demonstranten mit der Polizei, wobei Menschen verletzt wurden.

Am 17. und 18. Dezember stattete die britische Premierministerin Thatcher Washington einen offiziellen Besuch ab. Mit Präsident Carter wurden Fragen der Beziehungen zwischen beiden Ländern sowie internationale Probleme erörtert, u. a. die amerikanisch-iranische Krise, die Lage in Rhodesien, im Nahen Osten und in Nordirland. Während Mrs. Thatcher voll an die Seite Washingtons in seinem Konflikt mit dem Iran trat, unterstützte Carter völlig Großbritanniens Haltung in der Rhodesienfrage.

Am 21. Dezember unterzeichneten der britische Außenminister Lord Carrington, die Führer der Patriotischen Front von Simbabwe, Joshua Nkomo und Robert Mugabe, sowie der ehemalige Chef der Marionettenregierung von Salisbury, Bischof Muzorewa, das Friedensabkommen über Rhodesien. Am 21. Dezember beschloß der Sicherheitsrat mit Stimmenmehrheit (die UdSSR und die CSSR enthielten sich), die 1965 gegen das Rassistenregime in Rhodesien verhängten Sanktionen aufzuheben.



Eine Demonstration in Kopenhagen gegen die Stationierung der neuen US-Atomraketen in Westeuropa.

Foto: UPI-TASS

Am 21. Dezember ging in Wien die 19. Runde der Truppenabbaugespräche zu Ende. Die Delegationen, die 17 europäische Staaten sowie die USA und Kanada vertreten, hörten auf der Plenarsitzung in der Hofburg die Reden des sowjetischen und des amerikanischen Delegationsleiters.

Am 22. Dezember ging in Havanna die Beratung der Mitgliedsländer der „Gruppe der 77“ zu Ende, der Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas angehören. In der verabschiedeten „Deklaration von Havanna“ fand die Haltung, die diese Staaten auf der dritten Generalkonferenz der UNO für industrielle Entwicklung (UNIDO) Anfang 1980 einnehmen werden, ihren Ausdruck. In der Deklaration wurde Solidarität mit den Opfern imperialistischer Ausbeutung, des Kolonialismus und aller anderen Formen der Unterdrückung bekundet. Die Beratung er-

klärte ihre Unterstützung für die Völker von Namibia, Simbabwe, Südafrika, Palästina und der Westsahara, die für ihre Befreiung kämpfen.

Da die Lage in Südlibanon äußerst gespannt bleibt, verlängerte der UNO-Sicherheitsrat das Mandat der Truppen der Vereinten Nationen um weitere sechs Monate. Ihr Hauptziel ist die Wiederherstellung der Souveränität und einer wirksamen Kontrolle der Regierung Libanons über den Süden sowie die Normalisierung der Lage im Lande.

Vom 17. bis 20. Dezember fand in der venezolanischen Hauptstadt Caracas die Konferenz der 13 OPEC-Staaten statt (siehe S. 22).

Die japanische Regierung beschloß, ab Januar 1980 der SRV wieder Kredite zu gewähren. Dieser Beschluß löste starke Unzufriedenheit bei der Peking-Führung aus.

Der US-Kongreß hat seine Session beendet. Er verabschiedete einen Rekordrüstungshaushalt. Das Pentagon erhält 1980 insgesamt 141,2 Md. Dollar. Zugleich wurden die Sozialprogramme — Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und die Krise der Städte sowie für die Verbesserung von Bildungs- und Gesundheitswesen — um 4 Md. Dollar gekürzt.

Die jordanische Regierung ist zurückgetreten. Ein neues Kabinett unter dem ehemaligen Leiter der königlichen Kanzlei, Abdel Hamid Sharaf, wurde gebildet. Sharaf ist zugleich Verteidigungs- und Außenminister.



Bassam Shakaa, Bürgermeister von Nablus, der durch eine breite Protestkampagne aus israelischer Haft freigekämpft wurde, konnte zu seiner Familie zurückkehren.

Foto: AP-TASS

Am 24. Dezember startete Frankreich mit der kosmischen Rakete Ariane einen künstlichen Erdrabanten von einem Versuchsgelände in Französisch-Guayana. Frankreich hat die Rakete gemeinsam mit anderen westeuropäischen Ländern entwickelt.

NZ POST

Die westlichen Massenmedien suchen die sowjetischen Friedensinitiativen, insbesondere die Entscheidung, bis zu 20 000 sowjetische Soldaten aus der DDR abzu ziehen, als „Propagandagesten“ hinzustellen. Doch warum folgen die westlichen Länder eigentlich nicht unserem Beispiel und ergreifen, statt unsere Schritte skeptisch zu kommentieren, Maßnahmen, um die eigenen Streitkräfte in Europa zu reduzieren? Derartige „Propagandagesten“ würden wohl allen nur nützen!

Wladimir NYRKO
Moskau

Ich habe in Ihrer Zeitschrift Artikel gelesen, in denen über die barbarischen Methoden berichtet wurde, mit denen Millionen unter dem Pol-Pot-Regime umgebracht wurden. Ich bin bestürzt! Die Kampucheaner haben allen entsetzlichen Leiden, die ihnen das Regime zufügte, in dem schweren Kampf standgehalten. Jetzt wissen wir, daß den Henkern deren Peking-Helfershelfer den Rücken stärkten. Mehr derartige Beiträge, die den Völkermord in Kampuchea entlarven, sollten gebracht werden!

P. KOBYLJAZKI
Woroschilowgrad, Ukr. SSR

In Heft 44 kritisierte Harry Hammond aus Kansas City Ihre Zeitschrift, weil Sie die Handlungen des Ku-Klux-Klan als ungesetzlich bezeichnen. Bereits nachdem Ihr Kommentator Viktor Gri-batschow in seiner Antwort an Mr. Hammond Beispiele für die Willkürakte des Ku-Klux-Klan und für die Brutalität der Polizei anführte, provozierten Ku-Klux-Klan-Anhänger in Greenboro (Bundesstaat North Carolina) einen weiteren Zwischenfall: Sie eröffneten das Feuer auf eine friedliche Demonstration und ermordeten einige Menschen. Ich bin Schwarzer, und ich mußte Gewalt und Brutalität der Polizei am eigenen Leib erfahren. Ich meine, Mr. Hammond ist ein Weißer, denn wenn er ein Schwarzer wäre, dann hätte er Ihnen nicht diesen Brief geschrieben. Ich aber bin weiterhin dem Rassenhaß ausgesetzt, der das Leben in diesem Land durchdringt.

Ruben FRANKLIN
Detroit, USA

AN DER SCHWELLE DER 80er JAHRE...

Rückblick und Ausblick

Wadim SAGLADIN

Seltsamerweise haben westliche Schriftsteller und Publizisten gerade die 80er Jahre mit Zukunftsvisionen bedacht. Vor mehr als 30 Jahren schrieb der Engländer George Orwell das Buch „1984“. Die raffiniert düstere Phantasie des Antikommunisten entwarf ein quasi apokalyptisches Bild der Menschheit in diesem Jahrzehnt.

...Nur drei gigantische Staaten in der ganzen Welt, dazwischen Pufferzonen, in denen sich die drei Großen fast unaufhörlich bekriegen. Innerhalb eines jeden von ihnen besteht eine haarsträubende Mischung von einem Kasernenhofkommunismus à la Netschajew, der chinesischen „Kulturrevolution“ und den imperialistischen Zuständen mit all ihrer abstoßenden Heuchelei, die die Willkür des Big Business verschleiern soll.

So sah Orwell die Welt der 80er Jahre. Heute, kurz vor Anbruch dieser 80er, erinnern sich einige Publizisten in Westeuropa und Übersee an dieses Bild — hauptsächlich, um den Schluß zu ziehen: Orwells Prophetien haben sich nicht bewahrheitet, selbstverständlich trotz der hinterlistigen Kommunisten und dank der „edelmütigen, demokratischen, freien bürgerlichen Gesellschaft“.

Lohnt es sich, mag so mancher Leser fragen, auf diese Hirnospinnweben zurückzukommen? Ich glaube, doch, und zwar aus folgenden Gründen.

Ja, die Welt von heute will sich in den schwarzen Utopien Orwells nicht wiedererkennen. Sie hat natürlich ihre Sorgen und Probleme, auch Tragödien. Aber insgesamt ist sie doch nicht so abstoßend, wie sie sich der englische Schriftsteller ausmalte. Das ist eine Welt, die sich aufwärtsentwickelt und die wahrlich menschlichen Ideale anpeilt. Die 70er Jahre haben erheblich zur Beschleunigung dieser Bewegung beigetragen.

Sie wiesen so viele Ereignisse auf, „NEUE ZEIT“ 1-80

daß man sie in einem einzigen Artikel nicht einmal aufzählen kann. Nur das Wichtigste sei erwähnt: Der große Krieg konnte auch in den 70er Jahren verhütet werden. Im Gegenteil, das war eine Zeit, da sich der Frieden merklich festigte.

In Europa haben die 70er Jahre die Lösung vieler Probleme gebracht, die noch seit der Zeit des Sieges über den Faschismus offen waren. Die letzten Diktaturen auf dem Kontinent brachen zusammen. In einem mächtigen Willensakt wendeten die europäischen Völker die Seite der Geschichte um, die mit dem zweiten Weltkrieg überschrieben war, und legten die Grundlagen für neue Beziehungen auf dem Kontinent. Zwischen praktisch allen europäischen Staaten bestehen nun mannigfaltige und recht feste Kontakte in Wirtschaft, Kultur usw.

Für Asien bedeuteten die 70er Jahre ebenfalls große Veränderungen. Am wichtigsten war natürlich, daß die jahrzehntelange imperialistische Aggression gegen die Völker Indochinas zu Ende ist. Das große Volk Vietnams trug glänzende Siege davon, sowohl im Ringen gegen die Kolonialisten als auch bei der Zurückweisung der niederträchtigen Aggression des chinesischen Hegemonismus. Laos und das vielgeprüfte Kampuchea wurden frei.

In Afrika brach in den 70er Jahren das letzte große Kolonialreich zusammen. Hierbei ging es bezeichnenderweise nicht nur um die Beseitigung des Kolonialismus, denn die jungen freien Staaten haben mit dem Aufbau eines Lebens auf sozialistischer Grundlage begonnen.

Lateinamerika stand in den 70er Jahren im Zeichen der chilenischen Revolution. Ihr Stern mag heute von den schwarzen Wolken der Reaktion und des Faschismus verdeckt sein, ist aber nicht

erloschen. Wir sind überzeugt: Dieser Stern wird die Wolken durchbrechen und wieder über dem Kontinent erstrahlen. Schon heute leuchten am Himmel Lateinamerikas immer mehr Sterne der Freiheit. Man denke an den Sieg Nikaraguas. Zweifellos wird auch er seine Nachfolger finden.

Im Westen nennt man die Erfolge der Befreiungsbewegungen der Völker manchmal einen „destabilisierenden Faktor“ und behauptet, sie seien nachgerade eine Gefahr für den Frieden. Eine gewöhnliche imperialistische Lüge.

Das Gegenteil ist der Fall: Die Siege der Befreiungsbewegungen stabilisieren Freiheit und Frieden. Gibt es auch nur ein einziges von den Idealen einer wirklichen Befreiungsbewegung inspiriertes Regime, das aggressive Absichten gegen andere Völker oder Staaten hegen würde? Gibt es ein Regime dieser Art, das sich an den bestehenden Prinzipien der internationalen Beziehungen vergriffe? Die Staaten, die dank dem Sieg der revolutionären Befreiungskräfte entstanden sind, reihen sich ein unter die Kämpfer für Frieden und die Demokratisierung der weltweiten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen. Gerade das alarmiert den Imperialismus.

Die Welt an der Schwelle der 80er Jahre ist also ganz anders als die von Orwell. Aber wessen Verdienst ist das? Haben diejenigen recht, die sagen, daß es die sogenannte freie westliche Welt ist, die die Menschheit vor allen Unbilden, in erster Linie natürlich vor einem Krieg rettet? Nein!

Es liegt uns fern, die Rolle realdenkender westlicher Politiker bei der Entspannung herabzumindern, die die Gefahr des Krieges und die Notwendigkeit des Friedens verstehen. Man könnte höchstens wünschen, daß die Zahl solcher Politiker zunimmt. Doch muß

offen gesagt werden, daß wir die Rettung des Friedens und die Festigung der Entspannung in erster Linie nicht ihnen verdanken. Entscheidend für die positiven Veränderungen in der Welt waren und bleiben die sozialistischen Länder, die Staaten, die aus dem anticolonialen Kampf hervorgegangen sind, die Arbeiterklasse und ihre Bundesgenossen, die breiten demokratischen Kräfte überall in der Welt. Sie wirkten auf die Entspannung hin und haben sie erreicht. Sie wirken auf einen dauerhaften Frieden hin und werden ihn letzten Endes erreichen. Das ist unsere feste Überzeugung.

Uns in der Sowjetunion und allen Bürgern der sozialistischen Länder ist es eine besondere Freude festzustellen: Unsere Länder bleiben nach wie vor in der Vorhut des großen Kampfes für den Frieden und ein glückliches Leben der Menschen. Unsere Länder sind es, die die fundamentalsten Interessen der gesamten Menschheit zum Ausdruck bringen.

Gewiß, die Länder des Sozialismus und die anderen Friedenskräfte haben in den 70er Jahren nicht alles erreicht, was sie anstrebten. Es gelang vor allem nicht, die politische Entspannung durch eine militärische zu ergänzen und die Entspannung auf alle Teile der Welt auszudehnen. Die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas konnten nicht alle die reaktionären Regimes beseitigen, die von der Geschichte längst verurteilt sind. Sehr viel muß noch geschehen, damit Ungleichheit und Ungerechtigkeit aus den internationalen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen gebannt werden.

Doch wer ist schuld, daß diese Probleme nicht gelöst wurden?

In einigen Fällen mögen die Kräfte des Friedens und der Demokratie nicht aktiv genug gewesen sein. Zweifellos störte vielfach die Wühlätigkeit der Peking-Führung und einiger von ihren Verbündeten. Und doch war und bleibt der Imperialismus, die sogenannte westliche Welt das größte Hindernis auf diesem Wege.

Wie sieht aber diese westliche Welt an der Schwelle der 80er Jahre aus?

Ich denke da an ein großes, reiches Schiff. Eine Unmenge von Waren an Bord, die für einen Pappenstiel gekauft oder auch zusammengeraubt sind; eine geschickte, aber rücksichtslos ausgebeutete Besatzung. Eines Tages bleibt der Himmel verhängt, das Schiff kann sich nicht mehr nach den Sternen orientieren. Auch die Küste ist außer Sicht, nur das tobende Meer ringsum, man weiß nicht, was zu tun ist, damit es sich legt (wie die bürgerlichen Weisen nicht das tobende Meer von Inflation und Arbeitslosigkeit zu glätten wissen). Das Riesenschiff treibt es hin und her, jede Sekunde kann ein neuer Sturm losbrechen, und die Kapitäne wissen nicht mehr, wohin...

chen, und die Kapitäne wissen nicht mehr, wohin...

Der Kapitalismus ist eine Gesellschaft ohne Zukunft, sagte Leonid Breschnew auf dem XXV. Parteitag der KPdSU. Als wollten sie ihm recht geben, sprechen die bürgerlichen Ideologen und Politiker an der Schwelle der 80er Jahre immer häufiger davon, daß die Orientierungspunkte, daß der Kurs verloren seien, es keine Ideale mehr gebe und die Werte sich entwertet hätten. Vergeblich rufen Präsident Carter und zusammen mit ihm die anderen führenden Politiker des Westens dazu auf, ein Ziel zu finden und richtige Orientierungswerte für die Zukunft zu setzen.

Der Kapitalismus befindet sich heute in der Rundumverteidigung.

Einige westliche Propagandisten werden sich wohl über meine Worte freuen: Da gibt ein russischer Journalist zu, daß der Westen sich verteidigen muß! Folglich besteht die sowjetische Bedrohung! Nein, meine Herren, es gibt nach wie vor keine sowjetische Bedrohung, die Bourgeoisie hat sie, wie bereits Lenin treffend sagte, zum Betrug ihrer Arbeiterklasse, ihres Volkes erfunden. Der Kapitalismus muß sich verteidigen, aber nicht gegen die UdSSR oder ihre Bündnispartner, sondern gegen das Leben.

Wovor will sich die alte Gesellschaftsordnung retten?

Vor dem Frieden! Jawohl, vor dem Frieden, denn kraft der Natur des Imperialismus bedeutet er für ihn größere Verluste und viel niedrigere Profite. Der Frieden drückt ja die schwindelerregenden Profite im Rüstungsgeschäft nach unten und schwächt den Militär-Industrie-Komplex; der Frieden macht es unmöglich, in den anderen Ländern den großen Knüttel zu schwenken.

Der gegenwärtige Kapitalismus verteidigt sich gegen die Demokratie. Jawohl, gegen die Demokratie, von der er so viel redet. Warum? Weil die wahre Demokratie Unterdrückung und Ausbeutung — die eigentliche Grundlage des Kapitalismus — ausschließt.

Der Kapitalismus verteidigt sich auch gegen die Freiheit. Jawohl, gegen die Freiheit, und wenn in einigen westlichen Hauptstädten über sie so aufdringlich gefaselt wird. Wahre Freiheit ist nämlich, wenn man aufhört, andere Völker zu versklaven, und zu ihnen wirklich gleichberechtigte Beziehungen herstellt. Kann der Imperialismus es sich denn leisten?

Und schließlich verteidigt sich die alte Welt gegen die Wahrheit. Ihre Politik läuft den Interessen der Menschen, der Menschheit zuwider, sie führt nicht zum Licht, sondern in die Finsternis, nicht zum Frieden, sondern zum Krieg. Deshalb müssen die Anpeitscher dieser Politik ihre Ziele vor den Völkern verbergen, fortwährend lügen, betrügen,

hinters Licht führen. Die Wahrheit macht sie einfach ohnmächtig.

Welche Zukunftspläne hat die imperialistische Welt für das neue Jahrzehnt? Synthese und Quintessenz dieser Pläne sind die Beschlüsse der NATO-Ratstagung in Brüssel im letzten Dezember. Unsere Leser sind darüber gut informiert, deshalb will ich nur ein wenig auf die Vorgeschichte eingehen, um den weltpolitischen Wert dieser Beschlüsse besser analysieren zu können.

In der ersten Hälfte der 70er Jahre begannen die westliche Welt und vor allem die „große überseeische Demokratie“ unter dem Einfluß der Erfolge des Sozialismus, der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zu seinen Gunsten, zugleich aber auch unter dem Einfluß der Wirtschafts-, Währungs- und Erdölkrise sowie des Fiascos des USA-Imperialismus im Vietnamkrieg ernst darüber nachzudenken, daß, an ihrer Politik Korrekturen vorzunehmen seien.

Die elementare Logik hätte es erfordert, die bankrotten Methoden der „Politik der Stärke“ aufzugeben und die Beziehungen zu anderen Ländern neu zu gestalten. Aber die imperialistische Logik diktierte etwas anderes. Diverse USA-Dokumente von Mitte und Ende der 70er Jahre bezeugen das.

Erstens. Ein Weltkrieg würde einen viel zu großen Schaden anrichten, auch in den USA, deshalb sei ihm vorzubeugen. Zweitens sei die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus, mit der UdSSR aus ebendiesem Grunde im regionalen Rahmen, z. B. in Westeuropa (oder Südasien), auszutragen. Drittens schließlich müßten die USA zu diesem Zweck ihre Bündnispartner aktivieren und konsolidieren. Diese Ideen wurden dem USA-Plan für die 80er Jahre zugrunde gelegt.

Solche Ideen wurden von USA-Politikern auch schon früher vertreten. Einst hatten sie die Form des Plans, eine „europäische Verteidigungsgemeinschaft“ zu schaffen, dann die Form „multilateraler Kernstreitkräfte“. Nach wie vor geht es darum, daß der Krieg, falls er ausbricht, gefälligst von den Europäern und auf europäischem Boden geführt werden soll. Die USA dagegen halten sich heraus — und sollen andere Länder daran zugrunde gehen.

Erinnert dieses USA-Schema nicht an die weltpolitische Konstellation nach dem Zweiten Weltkrieg? Eine Großmacht will eine andere Großmacht „auf dem Boden von Pufferstaaten“ bekriegen. Also gut, das war Literatur. Unergründlich bleibt, warum sich einige westeuropäische Länder im wirklichen Leben für diese Pufferrolle hergeben und auf einen selbständigen Kurs verzichten.

Indessen begannen die USA, nachdem die Konzeption ausgetragen wor-

den war, mit Handlungen. Noch 1973/74 wurden dort etwa 140 große Militärprogramme für Ende der 70er und die 80er Jahre ausgearbeitet. Im Jahre 1974 hielt man es für zweckmäßig, zur Realisierung dieser Programme die BRD heranzuziehen. So entstand eine geheime (darunter auch den Verbündeten der USA und der BRD verheimlichte) „Verbindungsgruppe USA—BRD“, über deren schmähliche Umtriebe Erhard Müller, ehemals NATO-Angestellter, der in die DDR emigriert ist, vor kurzem in einem Fernsehinterview berichtete. Später, 1975, wurde in der NATO (wie BRD-Verteidigungsminister Apel seinerzeit mitteilte) der Beschluß gefaßt, die in Westeuropa stationierten Kernwaffen zu modernisieren.

Folgendes sei hier eingeschaltet. In den letzten Monaten schrie der Westen buchstäblich, die NATO müsse sich aufrüsten, weil die UdSSR ihre Rüstungen rapide steigern und u. a. eine Rakete entwickelt habe, die im Westen den Namen SS 20 erhielt. Aber all die eben genannten NATO-Pläne wurden konzipiert und ihre Realisierung wurde eingeleitet, lange bevor die erwähnten Raketen in die Rüstungsbestände der Sowjetarmee aufgenommen wurden. Es fragt sich, was das mit einer sowjetischen Bedrohung zu tun hat. Natürlich nichts. Es ist nur ein weiteres Beispiel dafür, wie sich die westliche Welt gegen die Wahrheit verteidigt.

Im Jahre 1978 faßte die NATO den Beschluß, in den 80er Jahren die Rüstungsausgaben sukzessive zu erhöhen (unabhängig davon, ob die Verhandlungen, die gegenwärtig geführt werden bzw. erst beginnen sollen, konkrete Ergebnisse zeitigen oder nicht). Im Dezember 1979 schließlich faßten sie den folgenschweren Beschluß, in Westeuropa neue USA-Nuklearraketen zu stationieren. Dieser Beschluß sprengte die von der UdSSR angebotenen gleichberechtigten Verhandlungen, die die reale militärische Entspannung in Europa hätten sichern können.

Soweit die westlichen Pläne für die 80er Jahre. Düster, wie man sieht. Sehr gefährlich für den Frieden, für die Völker. Kein Zufall, daß sich jetzt in Europa, ja der ganzen Welt eine machtvolle Protestbewegung gegen ihre Realisierung entfaltet.

Wie treten die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder ins neue Jahrzehnt ein?

Auch wir haben natürlich unsere Pläne und Vorhaben. Natürlich müssen wir dabei die unheilvollen Aktivitäten in den atlantischen Stäben in Rechnung ziehen. So sind wir gegenwärtig z. B. genötigt, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um unsere Heimat vor den Folgen der militaristischen Aktionen des Westens zu schützen.

Daß die imperialistische Propaganda in diesem Zusammenhang wieder einmal von unserem „Streben nach militärischer Überlegenheit“ redet, braucht wohl nicht eigens gesagt zu werden. Doch wie verhält sich dieses Gerede zur Wirklichkeit?

Kurz vor Neujahr wurde in der UdSSR ein neuer Plan für die Entwicklung der Volkswirtschaft angenommen. Solche Pläne sind auch in allen anderen sozialistischen Ländern ausgearbeitet. Man lese diese Pläne und man sage uns, wo dort das Streben nach militärischer Überlegenheit ist.

Wenn in diesem Zusammenhang von einem Drang nach Überlegenheit die Rede sein kann, so nur auf einem einzigen Gebiet. Wir streben eine Überlegenheit in allem an, was das friedliche, gesicherte Leben der Menschen, ihr Wohlergehen und Glück betrifft. Dieser Umstand findet seinen Niederschlag in unseren Plänen für das erste Jahr der neuen Dekade.

In bezug auf die 80er Jahre insgesamt werden die Planaufgaben erst ausgearbeitet. Das Staatliche Plankomitee der UdSSR soll in diesem Januar die allgemeine Konzeption des 11. Fünfjahrplans unter Berücksichtigung der Perspektive bis 1990 unterbreiten. Das ist nun unser Plan für die 80er Jahre.

Die allgemeine Ausrichtung unserer Pläne ist bekannt. Davon sprach Leonid Breschnew wiederholt, auch im Bericht über das 60jährige Jubiläum der Oktoberrevolution. Man lese in diesem Dokument, dann ist man sich über unsere Zukunftspläne im klaren.

Wir werden darauf hinwirken, das Nahrungsmittelproblem grundlegend zu bewältigen und die wachsenden Bedürfnisse des Landes zu befriedigen, obwohl seine Bevölkerung zunimmt und deren Bedürfnisse wachsen, die bestellten Flächen aber die alten bleiben.

In den 80er Jahren soll vieles zur Realisierung anderer komplexer Großprogramme der letzten Jahre geleistet werden. Vor allem sind es die Entwicklungsprogramme für West- und Ostsibirien, den Bau der Baikal—Amur-Magistrale sowie von Industrie- und Holzindustriekomplexen im Osten des Landes.

Unsere Programme für die wirtschaftliche Entwicklung haben auch im neuen Jahrzehnt einen tiefen sozialen Sinn. Sie bedeuten, daß neue, vorläufig noch dünnbesiedelte Regionen der UdSSR zum Leben erweckt werden, daß zahlreiche neue Städte und Kulturzentren entstehen. Der Begriff „unwohnliches Randgebiet“ wird aus unserem Sprachgebrauch verschwinden.

Schließlich müssen die 80er Jahre einen neuen Aufschwung der sowjetischen Wissenschaft und Kultur bringen

und deren Leistungen noch enger mit dem Leben der ganzen Gesellschaft und jedes Menschen verbinden.

Wir haben noch nicht das sowjetische außenpolitische Programm erwähnt, daß als Programm des Friedens bekannt ist. Das Vorgehen der imperialistischen Kräfte und die NATO-Beschlüsse haben die Weltlage gewiß verschlechtert. Aber die Geschichte des Sowjetstaates zeigt: Und waren die Verhältnisse noch so schwer, der grundsätzliche Kurs auf festen Frieden wurde nie aufgegeben. Wir werden diese Prinzipien auch jetzt befolgen.

Das Programm des Friedens wirkt und wird weiterhin wirken. Es hat bereits gigantische Errungenschaften gebracht und verspricht viele weitere.

Frieden und Sicherheit in Europa, Ergänzung der politischen Entspannung durch eine militärische, in erster Linie auf unserem Kontinent; Errichtung eines dauerhaften, gerechten Friedens im Nahen Osten; Verhütung aller aggressiven Handlungen gegen unsere Freunde: Vietnam und die anderen Völker Südasiens; gleichberechtigte Beziehungen zu allen Ländern und Völkern, Kampf für die weitere Demokratisierung des gesamten internationalen Lebens. Diese Arbeitsbereiche gelten für uns auch in den 80er Jahren. Im Mittelpunkt unserer Außenpolitik wird natürlich, ebenso wie früher, der Kampf für die Einstellung des Wettrüstens, für die Lösung dieser kardinalen Gegenwartsfrage stehen.

Die 80er Jahre werden also den Wettstreit zweier einander entgegengesetzten Programme erleben. Der Erfolg des Programms von Frieden und Sozialismus dürfte nicht nur für die UdSSR, ihre Freunde und Bündnispartner von Nutzen sein, sondern auch im Interesse der ganzen Menschheit liegen. Kommt unser Programm gut voran — und daran zweifeln wir nicht —, so werden alle Völker, alle Werktätigen, die ganze friedliebende Menschheit davon profitieren.

Die Siebziger haben viel Gutes gebracht, wenn sie auch Jahre eines komplizierten, bisweilen schweren Kampfes waren. Die Achtziger müssen den Aufschwung zu neuen Höhen des Friedens und sozialen Fortschrittes herbeiführen. Ein solcher Aufstieg war noch nie leicht und einfach.

Doch welche Schwierigkeiten unser auf diesem Weg auch harren, sie werden überwunden werden: weil das die Interessen von Frieden, Demokratie, Freiheit und Wahrheit erfordern; weil alle, die sich für diese hohen Ideale einsetzen, unsere Freunde und Bundesgenossen sein werden; weil sich unser Volk bei all seinen Beginnen nach dem zuverlässigen Kompaß — dem Marxismus-Leninismus, dem Kommunismus — orientiert.

BEWÄHRTE FREUNDSCHAFT

Die Geschichte der sowjetisch-angolanischen Beziehungen ist noch relativ kurz — doch die Freundschaft zwischen beiden Ländern hat bereits tiefe Wurzeln geschlagen. Das hat der offizielle Freundschaftsbesuch der angolanischen Partei- und Staatsdelegation unter Jose Eduardo dos Santos, dem Vorsitzenden der MPLA—Partei der Arbeit und Präsidenten der VR Angola, im Dezember in der UdSSR bestätigt.

Erneut blamierten sich jene westlichen „Propheten“, die nach dem kürzlichen Ableben des ersten Präsidenten des unabhängigen Angola, Antonio Agostinho Neto, gewisse „spürbare Veränderungen“, ja eine „Umorientierung“ des Kurses von Luanda angekündigt hatten.

„Die Völker Angolas und der Sowjetunion vereint feste Freundschaft“, betonte J. E. dos Santos am 21. Dezember auf einem Empfang im Kreml. „Sie hat sich in den schwersten Zeiten unseres Kampfes für die nationale Befreiung bewährt, als wir die uns von Kolonialismus und Imperialismus aufgezwungenen Kriege führen mußten, die mit einem glän-

zenden Sieg des angolanischen Volkes endeten. Zu diesem Sieg haben die Sowjetunion und die heldenhaften Internationalisten Kubas einen entscheidenden moralischen und materiellen Beitrag geleistet.“

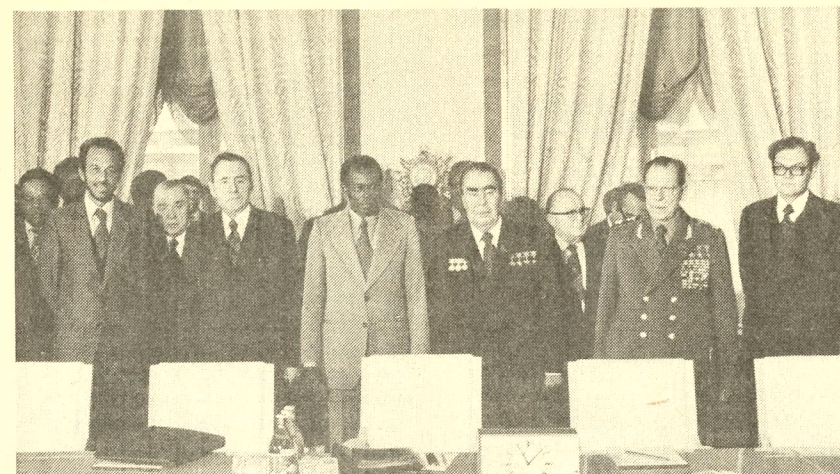
J. E. dos Santos bekundete dem Sowjetvolk und der KPdSU tiefempfundenen Dank für die selbstlose Unterstützung der Angolaner bei der Verteidigung der revolutionären Errungenschaften, bei der sozialökonomischen und kulturellen Entwicklung des Landes, das den Weg der sozialistischen Umgestaltung gewählt hat, bei der Konsolidierung der Verteidigungsfähigkeit der Republik angesichts der Überfälle der RSA-Rassisten und der von ihnen ausgehaltenen Söldner- und Verräterbanden.

Bei der schöpferischen Arbeit helfen den angolanischen Freunden sowjetische Pädagogen, Agronomen, Transportarbeiter, Geologen, Ärzte, Energiearbeiter und viele andere Spezialisten.

Die Gespräche, die Leonid Bresnnew, Andrej Gromyko, Dmitri Ustinow und andere führende sowjeti-

sche Politiker mit J. E. dos Santos und den ihn begleitenden Persönlichkeiten hatten, verliefen in einer Atmosphäre der brüderlichen Freundschaft und Kameradschaftlichkeit, im Geiste vollen gegenseitigen Verständnisses. Die Gesprächsteilnehmer konstatierten befriedigt, daß sich die bilateralen Beziehungen auf dem festen Fundament des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der VRA vom Oktober 1976 fruchtbar entwickeln, und bekundeten ihre Entschlossenheit, auch in Zukunft die Freundschaft unserer Völker zu festigen, die vielseitige Zusammenarbeit auszubauen und diese auf langfristiger Plangrundlage zu vervollkommen. Diese Entschlossenheit ist in der gemeinsamen Erklärung fixiert. Als wichtigster bilateraler Faktor werden in ihr die Beziehungen und Kontakte auf Parteiebene zwischen der KPdSU und der MPLA—Partei der Arbeit eingeschätzt.

Dokumente wurden unterzeichnet — so der Plan für die Parteibeziehungen zwischen KPdSU und MPLA—Partei der Arbeit für 1980, das Protokoll über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen UdSSR und VRA für 1980 sowie das Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, ferner Abkommen über die Zusammenarbeit bei Post- und Fernmeldeverbindungen, im Verlags-



Vor Beginn der sowjetisch-angolanischen Gespräche im Kreml.

Foto: TASS

wesen, in Geologie und Bergbau sowie über den gemeinsamen Bau einer Station zur Foto- und Laserüberwachung von Satelliten in Angola.

Die Gesprächsteilnehmer analysierten gründlich die heutige internationale Lage, u. a. natürlich die Situation in Afrika. Hierbei wurde die volle Übereinstimmung der Positionen Moskaus und Luandas in allen behandelten Fragen deutlich.

Die Sowjetunion und Angola bekundeten ihre unverbrüchliche Unterstützung des Kampfes der Völ-

ker Afrikas für Freiheit und Unabhängigkeit, für die vollständige Beseitigung der Kolonial- und Rassistenregimes. Sie betonten, daß die Kräfte des Sozialismus und der nationalen Befreiung weiter gefestigt werden müssen. Die sowjetische Seite verlieh ihrer festen Unterstützung für die VR Angola Ausdruck in deren Kampf für die Festigung der revolutionären Errungenschaften sowie die Bewahrung der Souveränität und der territorialen Integrität und betonte das legitime Recht Angolas, alles zu tun für die Verteidigung seines Territoriums gegen die Aggressionsakte der RSA-Rassisten.

Moskau und Luanda erklärten sich solidarisch mit den unterdrück-

ten Völkern im südlichen Afrika, die für die Befreiung kämpfen, und bekräftigten ihre Unterstützung für die nationalen Befreiungsorganisationen SWAPO (Namibia) und die Patriotic Front von Simbabwe, die wahren Vertreter der Völker dieser Länder.

Entschieden verurteilt wurde die nukleare Zusammenarbeit der westlichen Länder mit dem RSA-Rassistenregime, da die Aufrüstung Pretorias mit Atomwaffen eine große Gefahr für den Weltfrieden darstellt. Die führenden Politiker der UdSSR und Angolas wandten sich entschieden gegen die Politik des Hegemonismus in den zwischenstaatlichen Beziehungen und verurteilten insbesondere die Politik der Aggression, der Drohungen, der Provokationen und des hegemonistischen Drucks, die China gegenüber den Ländern Südostasiens betreibt.

Weiter für die Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker, für die Vertiefung der Entspannung und für ihre Ausweitung auf alle Weltregionen eintreten — diesen Kurs werden die UdSSR und die VR Angola auch in Zukunft verfolgen.

Die sowjetisch-angolanischen Gespräche auf höchster Ebene gaben der Festigung der Freundschaft und der Solidarität zwischen der Sowjetunion und dem revolutionären Angola neue Impulse.

A. USWATOW

AUFRUF ZUM HANDELN

Die Finlandia-Halle krönt das Schaffen des weltbekannten Architekten Alvar Aalto, dessen Werke in vielen Städten Suomis zu finden sind. Nach Unterzeichnung der KSZE-Schlüßakte ist die Finlandia-Halle zu einem Symbol von Frieden und Entspannung geworden. Hier fand in der zweiten Dezemberhälfte die außerordentliche Tagung des Büros des Weltfriedensrates statt.

In der finnischen Hauptstadt kamen die führenden Vertreter der Organisationen der Friedensanhänger aus den KSZE-Ländern, Abgeordnete, Präsidenten und Sekretäre internationaler Frauen- und Jugendorganisationen, Journalisten, demokratische Juristen u. a. zusammen. Hauptpunkt der Tagesordnung waren Aktionen der friedliebenden Öffentlichkeit im Zusammenhang mit dem Beschluß der NATO, neue US-Raketen in Europa zu stationieren.

Romesh Chandra, Präsident des Weltfriedensrates, verwies bei Eröffnung der Tagung auf den gefährlichen Charakter der militaristischen Pläne des Nordatlantikkpakts. Er sagte, diesen Plänen

mußten verstärkte Aktionen der Friedenskräfte entgegengesetzt werden.

Der Beschluß der NATO ist durch nichts begründet, er kann durch nichts gerechtfertigt werden — das erklärte Leonid Samjatin, Mitglied der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, in seiner Rede. Der sowjetische Vertreter unterstrich, daß die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen nichts anderes ist als eine Aufstockung des US-Kernwaffenpotentials in Westeuropa. Die Öffentlichkeit darf sich durch Versuche, diesen Beschluß mit Behauptungen zu „rechtfertigen“, das „Kräftegleichgewicht“ in Europa sei gestört, nicht irreführen lassen. Das Gleichgewicht der Kräfte ist nicht gestört, unterstrich Leonid Samjatin. Das haben bis vor kurzem die westlichen Vertreter selbst anerkannt. Das hat auch Präsident Carter insbesondere bei dem Wiener Gipfeltreffen bekräftigt.

Die Tagungsteilnehmer äußerten Besorgnis über die Entscheidung des Nordatlantikkpakts. Sie verlangten, die neue

Runde des Wettrüstens zu stoppen und die Verwirklichung der unheilvollen Pläne zu vereiteln. Zugleich begrüßten die Vertreter der internationalen Öffentlichkeit erneut die Friedensinitiativen der Sowjetunion, die Leonid Bresnnew am 6. Oktober in Berlin vorgelegt hat.

Das sagten mir der amtierende Generalsekretär der Organisation der Friedensanhänger Finnlands, Johannes Pakaslahti, der Vorsitzende des Vietnamesischen Friedenskomitees, Prof. Phan Anh, sowie Abe Feinglass, namhafter US-Gewerkschaftsaktivist und Vizepräsident des Weltfriedensrates. Der amerikanische Delegierte hob hervor, daß der Beschluß des NATO-Rates über den Beginn der Produktion und die Stationierung neuer US-Kernwaffen in Westeuropa ein gefährlicher Schritt ist, der zu einer rapiden Verstärkung des Wettrüstens führt. Der Beschluß zeugt von Verantwortungslosigkeit, weil er zu einer Zeit gefaßt wurde, da die sowjetischen Initiativen ermöglicht haben, eine weitere Eskalation der internationalen Spannungen zu vermeiden. Die Verwirklichung der neuen militaristischen Pläne der NATO, sagte Abe Feinglass, verlangt eine weitere Zunahme der auch ohnedies riesigen Rüstungsausga-

ben. Und woher sollen die Gelder genommen werden? Sie dürften durch eine Verringerung der Sozialausgaben, durch die weitere Verschlechterung der Lage der Werktätigen, u. a. der nationalen Minderheiten, aufgebracht werden. Deshalb müssen die Arbeiter, die Gewerkschaften gegen solche Pläne kämpfen, müssen verlangen, daß die Milliardenbeträge nicht für die Entwicklung neuer Waffen, sondern im Interesse der Völker verwandt werden.

Gordon Schaffer, Vorsitzender des Britischen Komitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, erklärte: Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Großbritanniens will nicht, daß ihr Land zu einer Starttrappe für neue Massenvernichtungswaffen wird. Deshalb kritisieren breite Schichten der Öffentlichkeit, viele Gewerkschaftsorganisationen scharf die Toryregierung für deren Handlangerdienste gegen den Frieden.

Ähnlich äußerte sich auch A. Terenzi, Vertreter der italienischen Bewegung der Friedensanhänger und Vizepräsident des Weltfriedensrates, uns gegenüber. Die NATO-Spitzen, sagte er, treiben ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Bedauerlicherweise hat sich die Regie-

rung Italiens mitzuspielen bereit erklärt. Doch damit ist das italienische Volk nicht einverstanden.

Akademienmitglied Jewgeni Fjodorow, Vorsitzender des Sowjetischen Friedenskomitees, verwies in seiner Rede darauf, wie wichtig und aktuell die Bürotagung des Weltfriedensrates ist. Er nannte einige konkrete Aufgaben, um die Massenbewegung gegen die NATO-Pläne weltweit zu entfalten, eine Bewegung, die die Sicherheit für Europa gewährleisten und der Welt ermöglichen soll, zur Entspannung zurückzukehren.

„Ein ernster Schlag wurde der Sache des Friedens zugefügt“ — so beginnt ein von der Tagung angenommener Aufruf des Weltfriedensrates „Bannt die Gefahr der neuen USA-Raketen!“

Die NATO-Führer haben durch ihre Ablehnung des Vorschlages der sozialistischen Länder für unverzügliche Verhandlungen den Weg der weiteren Forcierung der Rüstungen gewählt, um das bestehende Kräfteverhältnis entscheidend zu verändern — heißt es in dem Aufruf. Während die UdSSR damit begonnen hat, einseitig ihre Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa zu reduzieren, hat die NATO eine Groß-

aktion unternommen, um militärische Überlegenheit zu erreichen. Das schafft außerordentliche Gefahren für den Weltfrieden. Die Handlungen der NATO provozieren ein weiteres Hochschnellen der Rüstungsspirale und gefährden die gesamte Entspannung.

In dem Aufruf heißt es, daß die breite internationale Protestbewegung gegen die Umrüstung der NATO mit Atomraketen eine wichtige und positive Rolle gespielt hat. Immer mehr Menschen, auch Politiker, werden sich der Bedrohung durch den NATO-Beschluß bewußt. Die Idee der Entspannung hat festen Besitz ergriffen von den Gedanken und Gefühlen der Menschen, und niemandem wird es gelingen, sie davon zu überzeugen, auf die Détente zu verzichten, um statt dessen eine neue Runde des Wettrüstens einzuleiten.

Der Weltfriedensrat hat an die Völker der Erde appelliert, ihre Protestaktionen gegen die neuen US-Raketen in Europa zu verstärken und zu erreichen, daß 1980 ein Jahr der Massenaktionen für die militärische Entspannung wird.

R. HILTUNEN

Helsinki

Wie die Freiheit erkämpft wurde

Andrej LEWIN

Das von Pol-Pot-Leuten gesäuberte Phnom Penh sah ich zehn Tage, nachdem am 7. Januar 1979 dort die Fahne der Nationalen Einheitsfront für die Rettung Kampuchas gehißt wurde, auf der im roten Feld der Umriß des Tempels von Angkor mit seinen fünf Türmen zu sehen ist. Noch waren die Straßen leer, noch waren sie durchzogen vom Leichen-geruch und peitschten hin und wieder Schüsse. Aber auf den ausgemergelten Gesichtern derer, die durch die Hauptstadt in ihre Heimatorte zurückkehrten, und unter den Uniformmützen der Befreiungssoldaten zeigte sich schon ein Lächeln. Jetzt, ein Jahr nach dem Sieg, muß ich immer wieder an jene starken Eindrücke aus den ersten Tagen der Freiheit zurückdenken.

Ich erinnere mich auch noch früherer Dienstreisen nach Phnom Penh, besonders deutlich einer von ihnen. Das war, kurz nachdem die Truppen der USA und des südvietnamesischen Marionettenregimes in Kampuchea eingefallen waren und auf ihrem Weg eingeäscherte Dörfer sowie Tausende von Toten und Verwundeten zurückgelassen hatten.

Wegen der erbitterten Kämpfe zwischen den Marionettentruppen und den Befreiungskräften konnte man aus Phnom Penh nicht hinaus, aber auch da zeugte mehr als genug davon, wie schwer das Volk unter dem Krieg gelitten hatte. Nachts konnte man nicht schlafen. Andauernd schrillten Polizeipfeifen, kreischten die Bremsen von Militärjeeps, trappelten die Nagelstiefel von Soldaten, heulten die „fliegenden Festungen“, die B-52-Maschinen, die Bomben auf die Stellungen der Patrioten abwarfen.

Jeder Morgen brachte Phnom Penh neues Unheil. Im Krieg stiegen die Nahrungsmittelpreise auf das 10- bis 12fache. Kampuchea, das früher Reis exportiert hatte, hing nunmehr ganz von amerikanischen Lieferungen ab. Jeden Tag wurde der Strom abgeschaltet, funktionierte die Wasserleitung stockend, wurde die Gaslieferung neu rationiert. Die Zahl der Flüchtlinge stieg katastrophal, so daß Seuchen und eine Hungersnot drohten.

Bedrückt reiste ich aus Phnom Penh ab. Es war eine halbtote Stadt. Ich wußte noch nicht, daß es nach einigen Jahren noch schlimmer aussehen würde, so, daß die ganze Welt davor erschrak. Damals wußte das noch niemand, und die Einwohner lauschten hoffnungsvoll der näherkommenden Kanonade. Sie waren überzeugt, daß die Befreiungskräfte die Marionettentruppen zurückdrängen und daß bald Frieden sein wird.

Im April 1975 rüsteten die Phnom Penher zum Empfang der Befreier. Die Studenten übten Revolutionslieder ein und schrieben Spruchbänder, und am 17. April morgens machten junge Mädchen Sträuße aus den schönsten Blumen. Alle Straßen waren gedrängt voll. Blumen, lächelnde Gesichter, Festkleidung.

Und plötzlich... Niemand wußte, was geschah. Die Bewaffneten, die einmarschierten, trieben die Leute mit MPi-Kolben und Bajonetten auseinander „Ihr Scheusale! Verräter! Ihr Kreaturen Amerikas!“ brüllten sie. Dann raste ein Militärjeep durch die Hauptstraße, und ein Insasse rief durchs Sprachrohr aus: „Alle raus aus der Stadt! Sofort und für immer!“

Jeder lief nach Haus, um seine Habe zusammenzuraffen. Nach den Leuten stürmten Pol-Pot-Soldaten in die Häuser, drohten zu schießen und befahlen, alles liegenzulassen. Man hörte schon die ersten Schüsse. Ein Gemetzel begann.

Was an jenem Tag geschah, war so unerwartet und grauenhaft, daß man in Kampuchea selbst und außerhalb des Landes ziemlich lange nicht begriff, was das zu bedeuten hatte. Manche hofften noch, das Ganze sei ein Irrtum gewesen, bald werde Vernunft und Gerechtigkeit die Oberhand gewinnen. Das war nicht der Fall. Am 17. April 1975 lief ein in

seinem Umfang und seiner Grausamkeit beispielloses Experiment an, das bis ins Detail in Peking ausgeheckt und vorbereitet worden war.

Man fragt sich natürlich, ob die Menschen, die jahrelang gegen die Kolonialisten und das proamerikanische Regime gekämpft hatten, ihrer Überzeugung und ihren Grundsätzen untreu geworden waren.

Nein, die echten Khmer taten das nicht. Sie wurden von Pol Pot und seinem Anhang verraten. Er, Ieng Sary, ihre Frauen und Helfershelfer drängten in der Partei und im Lande schon lange zur Macht. Im Wege standen ihnen die älteren Revolutionäre, die sich die marxistisch-leninistischen Ideen zueigen machten und die zur Freundschaft und Kampfsolidarität mit den anderen Völkern Indochinas sowie anderer Länder erzogen worden waren. Sie hätten weder sich noch eine ganze Generation im revolutionären Kampf unerfahrener Menschen von dem Häuflein Renegaten irreführen lassen. Deshalb verschwanden sie plötzlich spurlos.

„1975 hatte unsere Organisation kein einziges altes Mitglied mehr“, erzählte mir in Preyvang, wo ich kurz nach der Befreiung Kampuchas war, Thom Boret, der Kommandeur eines Bataillons der Befreiungskräfte. „Man sagte uns, sie seien bei politischen Lehrgängen und bekämen dann Ernennungen nach anderen Provinzen. Nach dem 17. April 1975 erfuhr ich, daß sie ermordet worden waren, daß Pol Pot uns betrogen hatte. Bei erster Gelegenheit ging ich in den Dschungel und stieß zu den patriotischen Kräften.“

Der Kampf gegen die Mordclique begann viel früher, als die Welt davon erfuhr. In den ersten Jahren des Pol-Pot-Terrors gelangten so gut wie keine Nachrichten aus Kampuchea hinaus, es war hermetisch abgeschlossen.

Die Verleumder aus Peking und

Über 300 000 t Nahrungsmittel sind aus den sozialistischen Ländern nach Volkskampuchea geliefert worden. Unser Bild: Sowjetischer Reis geht ins Landesinnere, wo Nahrungsmittel knapp sind.

Foto: ADN-TASS



„NEUE ZEIT“ 1-80

den Hauptstädten einiger imperialistischer Staaten benutzten die Tatsache, daß die Welt von dem beharrlichen, wenn auch noch erfolglosen Kampf der Patrioten Kampuchas nichts wußte, um nach dem 7. Januar 1979 Falschmeldungen über die wahren Ursachen des fast blitzartigen Zusammenbruchs des Regimes von Pol Pot und Ieng Sary zu verbreiten. Da wurde die Lesart von der „vietnamesischen Aggression“ in Umlauf gesetzt. In China und im Westen schweigt man sich über die zahlreichen Aktionen der Kampucheaner gegen das Genozidregime noch jetzt aus, obwohl die Namen von Helden und Opfern des Kampfes bekannt geworden sind, durch den die ungeheuerliche Kriegs- und Gewaltmaschinerie Pol Pots zu Fall gekommen ist.

Schon 1973 begannen in den von Pol Pot kontrollierten Gebieten Aufstände der Bevölkerung und der mit ihr solidarischen Militärs. In den Provinzen Ratanakiri und Kah Kong erhoben sich die nationalen Minderheiten zum Kampf. Besonders groß wurden die Volksaktionen, nachdem Pol Pot und Ieng Sary in Partei und Staat die Macht ergriffen hatten. Im September 1975 rebellierten die Einwohner der Provinz Siemreap. Im Januar 1976 nahmen Kräfte unter dem damaligen Informationsminister Hu Nim den Kampf auf. Nach einem Jahr machte die Division, die Phnom Penh zu schützen hatte, einen Versuch zu einer militärischen Aktion, die aber grausam unterdrückt wurde. Der stellvertretende Generalstabschef der Regierungstruppen Cha Krai wurde erschossen, drei andere Führer der Aufständischen wurden im Stadion von Phnom Penh lebend verbrannt.

Aber keinerlei Grausamkeiten konnten die Patrioten in die Knie zwingen. Bald darauf erhoben sich die Einwohner der Landkreise Stung und Chikreng, Provinz Kompong Thom, gegen die Behörden. Einen ganzen Monat stellten dort die Henker die „Ordnung“ wieder her, sogar mit Hilfe von Bombenabwürfen. Im August 1977 wurde ein Komplott gegen die regierende Clique in Phnom Penh selbst aufgedeckt. Im April 1978 kam es in der Provinz Kratié erneut zu einer Aktion.

Die größte gegen das blutige Regime war der Aufstand in der Zone 203, die die Provinzen Svay Rieng, Preyvang und Kompong Thom vereint. Noch im Herbst 1977 entstand dort aus Parteifunktionären und Offizieren eine illegale Organisation. Sie sammelte Kräfte zum Aufstand. Die Behörden erfuhren von diesem Plan. Im Mai 1978 wurden mehrere

„NEUE ZEIT“ 1-80

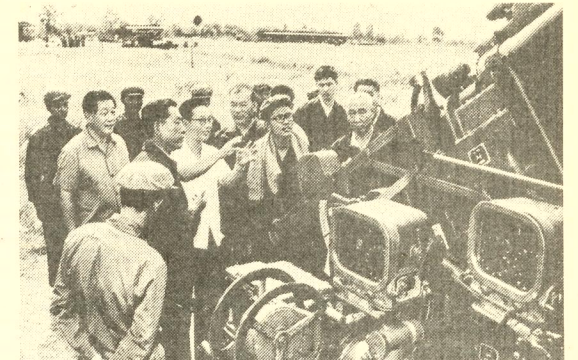
Militäreinheiten in die Zone 203 hinübergeworfen. Zwei Tage hielten sich die Patrioten gegen die Regierungstruppen, unterstützt von den Arbeitern der Kautschukplantage Chup und der Maschinenfabrik der Östlichen Militärzone sowie von den Bauern der umliegenden Dörfer, doch die Kräfte waren zu ungleich.

Der Volkskampf erfaßte immer neue Provinzen und gewann eine immer breitere soziale Basis. Anfang Dezember 1978 bildete sich die Nationale Einheitsfront für die Rettung Kampuchas aus allen Kräften, die gegen das Genozidregime waren. Der entscheidende Kampf mit der Tyrannei nahte. Die Streitkräfte der Front benutzten die äußerst günstige Situation, die sich durch den großen Gegenangriff der Truppen Vietnams gegen die in Vietnam eingefallenen Pol-Pot-Aggressoren ergeben hatte, und begannen, eine Provinz nach der anderen zu befreien. Am 7. Januar 1979 ging die Macht an wirkliche Volksvertreter, an den Revolutionären Volksrat Kampuchas unter Heng Samrin, dem Vorsitzenden des ZK der Front, über. Der barbarische Plan zur Vernichtung einer ganzen Nation und die Absichten der Pekinger Strategen. Vietnam einzukesseln und einen Bereitstellungsraum für einen Marsch der Pekinger Hegemonisten nach den Ländern Südostasiens zu schaffen, war gescheitert.

Die Wut Pekings über den Sieg des Volks von Kampuchea ist also begreiflich. Noch jetzt bekommen die Überbleibsel der Banden Pol Pots aus China Waffen und Munition. Ein Fonds zur Finanzierung der Marionetten ist angelegt worden. Aus der chinesischen Provinz Yunnan strahlt ein Sender „Demokratisches Kampuchea“ Programme im Namen eines nichtexistierenden Regimes aus.

Ohne die fortdauernde militärische Hilfe Pekings und die Unterstützung, die die Pol-Pot-Clique als angebliche Flüchtlingshilfe von gewissen westlichen Ländern bekommt, wären in allen Gebieten Kampuchas der Frieden und die Ruhe längst wiederhergestellt. Aber auch unter den schwierigen Verhältnissen ist die endgültige Liquidierung der Pol-Pot-Banden nur noch eine Frage der Zeit. Das begreift man jetzt auch in Peking und im Westen. Deshalb arbeitet man dort an Reservevarianten und holt weitere Marionetten aus der politi-

schen Mottenkiste hervor. In der westlichen Presse tauchen längstvergessene Namen auf: In Tam und Lon Nol. In letzter Zeit haben die Kampuchea feindlichen Kreise Sihanouk aufgeboten. Sie stellen ihn als Führer einer „dritten Kraft“ hin und schätzen, wieviel Mann er unter seinen Fahnen sammeln könne. Er selbst hat eine Reklametournee durch den Westen angetreten. Zwar kriti-



Sun Hao, der Pekinger Botschafter beim Pol-Pot-Regime, chinesische Militärberater und Son Sen, der Phnom-Penher Verteidigungsminister, inspizieren eine Geschützbatterie, deren Geschütze aus China geliefert worden sind. Das von der SPK-Agentur gelieferte Foto wurde kurz vor der Befreiung Kampuchas gemacht.

siert er bald Pol Pot, bald Peking, man erkennt aber doch, daß er auf Seiten der Feinde seines eigenen Volkes steht. Eine „dritte Kraft“ existiert nicht. Es gibt nur das Volk Kampuchas, seine Freunde und seine Feinde.

Es hat seine Freiheit teuer bezahlt. Noch jetzt ist es in einer schweren Lage. Es muß aufbauen, was Pol Pot völlig vernichtet hat: Industrie, Landwirtschaft, die soziale Struktur der Gesellschaft, und gleichzeitig muß es gegen Wühlakte der Konterrevolutionäre ankämpfen. Die ersten Siege sind aber schon errungen. Die Anbauflächen wachsen, einige Fabriken sind schon in Betrieb, Häfen, Flugplätze, Bahnstrecken und Chausseen sind wiederhergestellt. Tatkräftige Hilfe bei der Lösung des Ernährungsproblems und bei der Normalisierung der Wirtschaft leisten Kampuchea die UdSSR, Vietnam und die anderen sozialistischen Länder.

Die kampucheanische Revolution legt immer mehr Tempo vor, sie bahnt sich durch das Chaos und den Ruin ihren Weg. Keinerlei Schwierigkeiten und Entbehrungen können sie aufhalten. Die Nation, die der Maoismus zum Untergang verdammt, ist zum Leben zurückgekehrt.

ZU EINEM DOKUMENT DER SP FRANKREICHS

In den Vordergrund des politischen Lebens in Frankreich tritt immer deutlicher die Vorbereitung auf die Präsidentschaftswahlen 1981. Die Parteien präzisieren ihre Wahlpositionen und legen die programmatischen Leitsätze fest.

Das gilt auch für die Sozialistische Partei (PS). Eine von ihrer Führung eingesetzte Kommission faßte vor kurzem ein programmatisches Dokument („Sozialistisches Projekt“) ab. Nach allem zu urteilen, soll es als Plattform des PS-Präsidentschaftskandidaten dienen. In dem umfangreichen Dokument, das gegenwärtig in den Grundorganisationen der Partei erörtert wird, ist die Rede von diversen Aspekten ihrer Tätigkeit, von ihren Beziehungen zu den anderen Parteien des Landes und vom Standpunkt der französischen Sozialisten zu den aktuellen weltpolitischen Problemen.

Strategie und Taktik sind natürlich eine innere Angelegenheit der französischen Sozialisten. Sie müssen selber die akuten Fragen beantworten, die die Franzosen heute bewegen, und es gibt nicht wenig solche Fragen. Der gegenwärtige Kapitalismus steckt in einer tiefen Krise, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens — Politik, Wirtschaft, Ideologie, Kultur, Moral — erfaßt hat. Die französische Gesellschaft spürt diese Krise am eigenen Leibe. Die Massenarbeitslosigkeit, die den höchsten Stand der Nachkriegszeit erreicht hat; die unaufhaltsame Inflation und der Preisanstieg; das Sinken der Kaufkraft der Bevölkerung; die Offensive der Großmonopole auf die Rechte der Werktätigen; die quälende Ungewißheit über den kommenden Tag bei einem großen Teil der Franzosen, besonders der Jugend: Das ist die Wirklichkeit des heutigen Frankreich.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, ja gesetzmäßig, daß die Werktätigen, alle Demokraten mit unvermindertem Interesse die Errungenschaften des realen Sozialismus, vor allem der UdSSR, ihre Innen- und Außenpolitik verfolgen. Um den Einfluß der sozialistischen Ideen zu schwächen, ist die Propaganda der Monopole täglich, ja stündlich bemüht, den Franzosen ein Zerrbild von der sozialistischen Ordnung in der UdSSR zu vermitteln.

Völlig unbegreiflich ist jedoch, warum in den lärmenden Chor der bürgerlichen Gegner des Sozialis-

mus neuerdings immer häufiger französische Sozialisten einfallen. Eines der Beispiele dafür liefert leider das erwähnte programmatische Dokument.

Seine Verfasser deklarieren die Absicht, ein Bild der sozialistischen Gesellschaft in der UdSSR zu entwerfen. Eine solche Absicht ist, falls mit einer gewissenhaften und ehrlichen Haltung zur sowjetischen Wirklichkeit verbunden, nur zu begrüßen. Doch die Autoren lassen gerade diese Eigenschaften vermissen. Einige ihrer Äußerungen verraten deutlich den Geist des kalten Krieges. Offenbar haben sie noch nicht die Vergangenheit überwunden, in der die französischen Sozialisten ihren ganzen Kurs auf den Antikommunismus und Antisowjetismus absteckten.

Der Leser mag selber urteilen.

In ihrem theoretischen Eifer behaupten die Urheber des „Sozialistischen Projektes“ z. B., die Oktoberrevolution, die unter Führung Lenins und der Bolschewiki vollbracht wurde, habe sich für Rußland als eine „strategische Sackgasse“ erwiesen. Von welcher Sackgasse reden sie? Die französischen Sozialisten stehen hier mit der Geschichte auf Kriegsfuß. Es war ja die sozialistische Oktoberrevolution, die die Ketten des Kapitalismus zerriß, den Völkern Rußlands den Weg zur sozialen und nationalen Wiedergeburt freilegte und das rückständige Land in eine hochentwickelte sozialistische Großmacht umwandelte. Unter dem Einfluß der Oktoberrevolution, des Sieges über den Faschismus im zweiten Weltkrieg und der selbstlosen Arbeit der Völker hat sich der Sozialismus zu einem machtvollen Staatensystem entwickelt, das sich von Kuba bis Vietnam dehnt und den Verlauf der Geschichte zunehmend beeinflusst. Selbst die Verfechter des Kapitalismus müssen zugeben, daß die Oktoberrevolution ein hervorragendes Ereignis unseres Jahrhunderts war.

Aber die Autoren des Dokuments gehen noch weiter und stellen die sozialistische Gesellschaftsordnung in der UdSSR in Frage. „Diese Gesellschaften“, lesen wir über die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder, „haben mit dem Sozialismus nichts zu tun.“ Ohne sich um Beweise zu kümmern, reden sie von einer „Gesellschaft der Ungleichheit“, von antagonistischen Wider-

sprüchen in ihr, von der Herrschaft der einen Klasse über die andere, vom Nationalitätenzwist in der UdSSR usw. Diese Behauptungen entbehren jeder Grundlage.

Wahr ist dagegen, daß in der UdSSR mit dem Privateigentum an Produktionsinstrumenten und -mitteln längst Schluß gemacht, daß die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen — die Ursache der Klassenantagonismen — beseitigt worden ist. Die Sowjetbürger wissen längst nicht mehr, was Arbeitslosigkeit, Inflation, soziale Ungleichheit, kulturelle Zurückgebliebenheit oder nationaler Hader ist.

Übrigens verwies die PS-Führung erst vor kurzem, im April 1975, im gemeinsamen Kommuniqué über die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen den Delegationen der KPdSU und der PS auf „die erfolgreiche Entwicklung der UdSSR auf dem sozialistischen Wege“, auf „das weitere Wachstum des Wohlstands des Sowjetvolkes, die Errungenschaften der sowjetischen Werktätigen auf verschiedenen Gebieten der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und wissenschaftlichen Tätigkeit“. Warum nun diese Wendung? Das Dokument enthält keine Antwort darauf.

Auch die im programmatischen PS-Dokument enthaltenen Ausfälle gegen die sozialistische Demokratie dürfen nicht hingenommen werden. Die Autoren legen an den realen Sozialismus das Maß der bürgerlichen Demokratie an. Sie wollen die neue sowjetische Wirklichkeit ins Prokrustesbett der alten, d. h. nicht der sozialistischen, sondern der bürgerlichen Gesellschaft zwingen. Das führt mit Notwendigkeit zu einer groben Entstellung der sowjetischen Wirklichkeit, zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der KPdSU und des Sowjetstaates. Die französischen Sozialisten legen in ihrem Dokument Sorge um die Gegner der sozialistischen Ordnung, um Leute an den Tag, die gegen die sowjetischen Normen und Gesetze verstoßen. Einigen PS-Führern, beispielsweise M. Rocard und G. Martinet, dünkt der Erzreaktionär Solshenizyn, dessen politisches und geistiges Kredo selbst gewissen bürgerlichen Propagandisten ein zu starkes Stück ist, die höchste Autorität in Sachen Sozialismus.

Dabei konnten sich PS-Führer bei ihren wiederholten UdSSR-Besuchen vom unverfälschten demokratischen Charakter der Sowjetordnung überzeugen. Der sozialistische Sowjetstaat ist ein Staat der Werktätigen und für die Werktätigen. Nirgends anders als in der UdSSR sind erstmalig in der Geschichte in die Lei-

tung des Staates Millionen Menschen einbezogen. Sie sind sich dessen bewußt, daß das Schicksal der Sowjetunion in ihren Händen liegt, und wirken aktiv an den Machtorganen — vom örtlichen Sowjet bis zum Obersten Sowjet der UdSSR — mit.

In der neuen Verfassung der UdSSR sind die breitesten sozialen Grundrechte und -freiheiten der Sowjetbürger verkündet. Mehr noch, sie sind durch wirtschaftliche, politische und andere Mittel garantiert, sie werden in der Praxis ausgeübt. Diese Einheit von verbrieften und ausgeübten Rechten unterscheidet die sowjetische Demokratie von der bürgerlichen.

Im programmatischen Dokument der PS nehmen weltpolitische Probleme beträchtlichen Raum ein. Doch rufen die darin formulierten Standpunkte gemischte Gefühle hervor.

Begrüßenswert ist die Absicht der Autoren des „Sozialistischen Projektes“, zum Kampf für die Entspannung, für die Festigung der europäischen Sicherheit, für das Eindämmen des Wettüstens und die Abrüstung beizutragen. Wichtig ist auch die von den Sozialisten bekundete Bereitschaft, sich für die Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Frankreich einzusetzen. Die Politik des Ausbaus der sowjetisch-französischen zwischenstaatlichen Beziehungen auf verschiedenen Gebieten findet in unserem Land stets Anklang und Unterstützung. Das kann gar nicht anders sein. Davon, in welcher Richtung sich diese Beziehungen entwickeln, hängt in hohem Maße das politische Klima in Europa und nicht nur in Europa ab.

Doch lassen sich diese deklarierten Absichten in keiner Weise mit den Angriffen der Verfasser des Dokuments auf den sowjetischen außenpolitischen Kurs vereinbaren. Sie bedienen sich einer sonderbaren Ausdrucksweise (entliehen?): Sie sprechen von einer „Aufteilung der Welt“ in Einflußsphären, an der sich die UdSSR beteilige, einem „Expansionismus“ und „Hegemonismus“ des Sowjetstaates. Den Sozialisten paßt es nicht, wenn die UdSSR den um ihre nationale und soziale Befreiung ringenden Völkern Hilfe und Unterstützung erweist.

Erst vor kurzem verwiesen PS-Führer, in erster Linie François Mitterrand, auf den friedlichen Charakter der sowjetischen Politik, auf die entscheidende Rolle der UdSSR bei der Aufrechterhaltung des Weltfriedens. Wie verträgt sich das mit dem unserem Land angelasteten „Expansionismus“ und „Hegemonismus“?

„NEUE ZEIT“ 1-80

GESUCHT UND GEFUNDEN

US-Pressemeldungen zufolge beabsichtigt Washington einen weiteren Ausbau seiner psychologischen Kriegführung gegen die sozialistischen Länder. Erneut wurden die Haushaltsmittel für den sogenannten Rat für Auslandsrundfunk angehoben, dem die Subversionssender „Liberty“ und „Free Europe“ unterstehen. Für das Finanzjahr 1980 wird der Rat 82 Mio Dollar erhalten und für 1981 noch 5 Mio Dollar mehr.

Die Verwirklichung des Programms für den Bau von 28 neuen starken Relaisstationen für den US-Auslandsrundfunk läuft auf vollen Touren.

Zudem meldete die „New York Times“ mit Hinweis auf offizielle Persönlichkeiten der Administration, daß eine bedeutende Vergrößerung des Umfangs der US-Rundfunksendungen in einige Länder, u. a. in die Sowjetunion, im Weißen Haus auf einer Tagung des Sonderkoordinationskomitees unter Sicherheitsberater Brzezinski gebilligt wurde.

Dieser Plan sieht vor, die Möglichkeiten für eine Pacht von Relaisstationen, die anderen Staaten gehören, zu „prüfen“. Diese Idee ist nicht neu. Sie wurde bereits in einem umfangreichen Bericht über den Auslandsrundfunk, den die Administration im März 1977 dem Kongreß vorgelegt hatte, allseits erörtert. Doch damals konstatierten die Verfasser des Berichts, daß „westliche Regierungen“ (Großbritanniens, der BRD, Frankreichs, Kanadas, der Niederlande und Luxemburgs), „die über hinreichend starke Relaisstationen verfügen, um in die UdSSR und nach Osteuropa zu senden, fast keine ungenutzten Kapazitäten haben, die sie mit der ‚Stimme Amerikas‘ oder mit ‚Radio Liberty‘, ‚Radio Free Europe‘ teilen könnten“. Jetzt ist es wohl gelungen, solche Kapazitäten in Israel, Ägypten und einigen anderen Ländern zu finden. Wie gemeldet wird, hat Israel bereits „Interesse“ an einer Mitwirkung bei der Verbreitung subversiver US-Propaganda gezeigt, und das Koordinationskomitee beschloß, dieses Interesse anzufachen, indem es 2 Mio Dollar für „Radio Liberty“ und 1 Mio Dollar für die „Stimme Amerikas“ bereitstellte — offenbar um so künftige israelisch-ägyptische Dienste zu bezahlen.

Eine Erweiterung der Allianz Washington—Tel Aviv—Kairo zeichnet sich ab — diesmal bei der psychologischen Kriegführung, die auch ohnedies die internationale Lage kompliziert und die Völker hindert, einander besser kennen und verstehen zu lernen.

S. GOLJAKOW

KURZSCHLUSS

Ebenso wie in der Technik kommt es im politischen Leben manchmal zu einem Kurzschluß. Der aufflammende Blitz zeigt dann klar Erscheinungen und Prozesse, die sonst unschwerlich heranreifen. Solchen Charakter hat der Konflikt USA—Iran angenommen. Dieser Blitz macht durch den Nebel der diplomatischen Intrigen das deutlich, was gegenwärtig für die Entwicklung in der weiten Region des Nahen und Mittleren Ostens bestimmend ist.

Bestimmend ist der Umstand, daß die gesamte Politik des modernen Neokolonialismus in einer Sackgasse steckt. Hoffentlich übertreibt die „Frankfurter Allgemeine“ (BRD), wenn sie schreibt, daß die Festnahme der USA-Diplomaten in Teheran und die militärischen Gegenaktionen der Regierung Carter an Sarajevo 1914 denken lassen. Doch die Befürchtungen über eventuelle Folgen des Konfliktes für das Erdölgeschäft sind nicht grundlos. Wie die Zeitung meldet, sei die ganze Region dabei, die Ölpreise zu erhöhen und die Ölgewinnung zu drosseln.

Und doch geht es nicht um das Energieproblem.

Die Sackgasse rührt vor allem daher, daß der Westen, was sich die dortigen Machthaber auch einreden mögen, kei-

ne realen Möglichkeiten mehr hat, die Völker nach eigenem Gutdünken zu schieben. Das „beispiellose politische Erwachen“ der Massen in den Entwicklungsländern, über welches Z. Brzezinski schon vor zwei Jahren bekümmert schrieb, geht viel stürmischer und rascher vor sich, als die westlichen Strategien annahmen, auch viel komplizierter und widersprüchlicher, als viele Teilnehmer der Befreiungsbewegungen dachten.

Leiden denn die Leute, die sich heute über den „muselmanischen Extremismus“ beschwerten, an einem kurzen Gedächtnis? Man denke etwa an Versuche der westlichen Geheimdienste, die „Moslembrüder“ gegen das fortschrittliche Nasser-Regime in Ägypten vorzuschicken, daran, wie der Imperialismus den religiösen Hader in Libanon ausnützt. Die extremistischen Praktiken und der Nihilismus gegenüber den Rechtsnormen sind zudem eine Reaktion auf die beharrliche Weigerung des Imperialismus, den Unterdrückten auch nur ein wenig entgegenzukommen.

Die Zeitung „Wall Street Journal“ erwähnte im Zusammenhang mit der heutigen Krise durchaus logisch, daß Präsident Carter sein Versprechen, den Palästinensern bei der Erlangung ihrer Heimat zu helfen, zurückgenommen hat.

Wie das Blatt zugibt, müssen die Araber, die ganze muselmanische Welt „die gähnende Kluft zwischen solchen Versprechungen und der Realität des ägyptisch-israelischen Separatvertrages sehen“. Und weiter: „Nicht minder als das Palästina-Problem ist auch Iran ein Prüfstein der USA-Politik.“

Die demonstrativen militärischen Vorbereitungen der USA, das offensichtliche Bestreben des Pentagon, die Gelegenheit wahrzunehmen, um die Aufstellung der „Eingreiftruppen“ zu forcieren und sich neue Stützpunkte — in Oman, Somalia oder anderwärts — zu sichern, spitzen die Lage auf den ausgedehnten Territorien des Nahen und Mittleren Ostens noch mehr zu. Davon zeugen u. a. die erneuten israelischen Beschüsse Südlibanons.

Das Gespinnst der Komplotte zeichnet sich in der Region nicht von ungefähr gerade jetzt so deutlich ab: Dort ist die Erölsituation sehr akut. All das ist Gegenstand der nachstehenden Materialien, aus denen unseres Erachtens ersichtlich ist, daß nur der Verzicht auf die neokolonialistischen Ansichten und Praktiken, nur die Befriedigung der legitimen Rechte der Völker einen dauerhaften Frieden herbeiführen können. Sonst verursachen Kurzschlüsse in der Politik — ebenso wie in der Technik — nicht einfach einen aufflammenden Blitz, sondern auch verheerende Explosionen.

D. WOLSKI

WASHINGTONS SCHACHZÜGE

Nach 54 Tagen in den USA hat der Schah das Land verlassen. Er ließ ein Drittel der Rechnungen in einem New Yorker Krankenhaus unbezahlt und ein Dutzend erzürnte Familien auf dem Luftwaffenstützpunkt in San Antonio zurück, die zusammenrücken mußten, um Platz für den Ex-Monarchen und sein Gesinde zu schaffen. Diese Probleme können unschwer geregelt werden — im Gegensatz zu der internationalen Krise, die ständig weitere Kreise zieht und angesichts der zunehmenden Militanz der USA gefährliche Folgen haben kann.

So kompliziert die Lage auch ist — was die jetzigen Vorgänge ausgelöst hat, ist klar: die Einladung des gestürzten Monarchen in die USA entgegen dem entschiedenen Protest der iranischen Regierung. Vertreter der Washingtoner Administration behaupten, es sei um die „Rettung menschlichen Lebens“ gegangen. Die Verlogenheit dieses „Arguments“ ist deutlich. Selbst die „Washington Post“, die sich lange auschwieg, gestand kürzlich ein, daß medizinisch gesehen „der Schah in Mexiko

hätte bleiben können“. Bislang hat sich nur Senator Edward Kennedy getraut, Washington offiziell seine Mißbilligung auszusprechen. In einem TV-Interview hatte er bekanntlich erklärt: „Der Schah stand an der Spitze eines der grausamsten Regimes in der Menschheitsgeschichte, das gegenüber seinem eigenen Volk eine Politik des Terrors in Verletzung aller Menschenrechte verfolgte.“

Die Abrechnung folgte auf dem Fuß. Alle „großen“ Zeitungen fielen über Kennedy her. „Unterstützung für die Geiseln bedeutet keine Unterstützung für den Schah“, verteidigte sich Kennedy. Reportern gegenüber sagte er: „In einer offenen und demokratischen Gesellschaft ist eine öffentliche Debatte normal und nützlich.“

Doch in einer „offenen Gesellschaft“, wo man sich noch gestern als Gralshüter der „Menschenrechte“ aufspielte, sind jetzt die hohen moralischen Prinzipien einfach „vergessen“. „Wir haben nicht wenig über die Verbrechen des Schahs geschrieben, doch nicht das ist das eigentliche Problem“, verkündete Vizepräsident Mondale, wobei er unge-

niert Ursache und Wirkung verdrehte. „Das Problem, das die Amerikaner beunruhigt, liegt darin, daß 50 unserer Brüder und Schwestern schlechter Behandlung in Verletzung des Völkerrechts ausgesetzt sind.“

Trotz aller Versuche, die Fakten zu verschweigen oder zu verdrehen, ist deutlich: Die Anwesenheit des Schahs in New York war nicht notwendig, und die Folgen dieses Schritts waren Washington wohl bekannt — hatten ja die US-Botschaft in Teheran wie das State Department davor gewarnt.

Doch wenn dem so ist — warum hat man dann in Washington, das den Schah im Januar 1979 für unerwünscht erklärt hatte, diese Entscheidung wenige Monate später umgestoßen? Zumindest drei Ziele lassen sich nennen, die die jetzige Administration durch eine Verschärfung der Lage erreichen will.

Das erste hängt unmittelbar mit dem Iran zusammen. Die Vertreibung des Schahs hat zugleich zur Vertreibung seines Hauptbeschützers — der USA — aus dem Land geführt. Die Kalkulationen auf den Machtantritt einer „freundschaftlichen“ Regierung, die bereit wäre, allmählich und unter dem entsprechenden Deckmantel die früheren Beziehungen zu Washington wiederherzustellen, erwiesen sich als falsch.

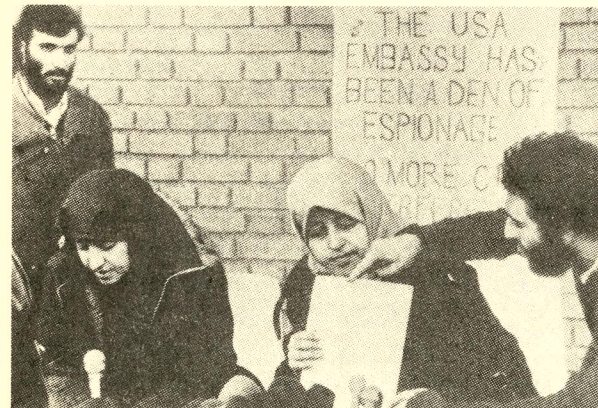
Gespinnst von Komplotten

Der Washingtoner Plan, im Nahen Osten die imperialistische Herrschaft zu errichten, ist gescheitert, das liegt nun auf der Hand. Die außenpolitischen USA-Strategen betrachteten den nach dem Zusammenbruch des Schahregimes eilig unterzeichneten ägyptisch-israelischen „Friedensvertrag“ als den ersten Schritt zu einem Militärbündnis zwischen Kairo und Tel Aviv. Später sollte dieses Bündnis zu einem großangelegten Nahostpakt ausgebaut werden (in Übersee sprach man schon von einer Middle East Treaty Organization). Eine solche METO hätte jene Nahostländer, die Washington für traditionell proamerikanisch hielt, darunter Jordanien und Saudi-Arabien, vereinigen und so die imperialistischen Po-

sitionen in den erdölreichen Räumen am Persischen Golf und in Nordafrika sichern sollen.

Doch erwies sich die Basis des Plans als morsch: Selbst die „gemäßigsten“ Araber verweigerten einen Anschluß an die Achse Tel Aviv—Kairo, weil sie darin mit Recht eine Gefahr für ihre eigenen und die gesamtarabischen Interessen sahen. Oberdies war die Dulles-Idee eines solchen Plans schon vor mehr als 20 Jahren kompromittiert. Die Araber erkannten die ihnen drohende direkte Gefahr einer Knechtung und des Verlustes der nationalen Unabhängigkeit. Washington mußte sich mit dem israelisch-ägyptischen militärpolitischen Bündnis begnügen.

Heißt das aber, daß man in Übersee die übrigen diesbezüglichen Pläne aufgegeben hat? Keineswegs. Die arabischen und auch die westliche Presse überzeugen davon. So schrieb die syrische „Al-Thawrah“ vor kurzem, die „Hauptaufgabe der Partner, die den Vertrag von Camp David geschlossen haben, bestehe darin, die Positionen der Länder zu unter-



Iranische Studenten zeigen Dokumente, die sie in der US-Botschaft gefunden haben.

Foto aus dem Nachrichtenmagazin „Newsweek“

Die USA erhielten durch die Gewährung des Einreisevisums an den Schah letztlich einen Vorwand zur Einmischung. Die Weigerung, iranisches Öl zu kaufen, und das Einfrieren der iranischen Guthaben in den US-Banken kennzeichneten den Beginn des Wirtschaftskrieges.

Funktionsträger sprechen nach wie vor davon, sie wollten „Blutvergießen“ vermeiden, doch kürzlich erklärten hohe Vertreter des Weißen Hauses und des State Department offen, daß die Zeit für die Suche nach einer friedlichen Lösung abläuft. Die Krise wird benutzt, um eine Intervention nicht nur im Persischen Golf, sondern auch in anderen Regionen der Welt zu „rechtfertigen“ sowie die Eingreiftruppe aufzustellen. Das ist das zweite Ziel Washingtons. Die „New York Times“ schrieb zu den Stimmungen in den US-Machtkorridoren: „Die iranische

Schutz ihrer Interessen zu schaffen.“ Die Zeitung irrt sich nicht. Der Präsident gab im Weißen Haus vor dem Unternehmerrat die Formierung der Eingreiftruppe und die entsprechenden Haushaltsbewilligungen bekannt. „Wir müssen verstehen, daß nicht jeder Fall der entschiedenen Anwendung von Gewalt ein potentielles Vietnam zu werden droht.“ Wie es in einem Leserbrief der „New York Times“ hieß, „sind die Geiseln Teil eines Plans, der neue Abenteuer rechtfertigen soll... Nur werden letztlich gerade wir einfachen Menschen dafür zahlen müssen — ebenso wie das heute schon unsere Landsleute in der Botschaft tun.“

Anfangs war die Rede von einer 110 000 Mann starken Eingreiftruppe des Heeres. Jetzt ist ein 45 000 Mann starkes Marineinfanteriekorps hinzugekommen. Wie der Verteidigungsminister erklärte,

graben, die zur Front der Standhaftigkeit und des Widerstandes gehören. „Al-Baath“ (Damaskus) stellt fest, daß die USA-Administration nichts unversucht lasse, nur um die arabische Einheit zu stören. Andere Publikationen werfen ein Licht auf die Einzelheiten dieses Komplotts, und daß es sich um ein Komplott handelt, verraten die Methoden von „Dolch und Mantel“, die zu seiner Realisierung verwendet werden.

So wollen die Washingtoner Politiker, die Marokko, Jordanien und Saudi-Arabien als „schwache Abschnitte“ der gesamtarabischen Front ansehen, die Abhängigkeit dieser Länder von den USA im Hinblick auf Lieferungen von Waffen und anderen Waren benutzen, um diese Länder zur Unterstützung der Separatabmachung zu zwingen. In bezug auf die fortschrittlichen arabischen Regimes sowie den revolutionären Iran beabsichtigt man, nach Pressestimmen zu urteilen, radikalere Maßnahmen bis zur direkten Aggression.

„Al-Safir“ (Beirut) behauptet, Carter sei entschlossen, zwei Probleme — die Opposition Er-Riads gegen die Separatabmachung und die amerikanisch-saudischen Beziehungen — auseinanderzuhalten. Bedeutet das, daß Saudi-Arabien in Ruhe gelassen wird? Tatsachen bezeugen das Gegenteil. Washington schüchert die königliche Familie eifrig mit der kommunistischen Gefahr ein, die angeblich von der VDR Jemen ausgehe und sich

sollen diese Truppen in Asien, Afrika und Lateinamerika eingesetzt werden.

Natürlich ist das dritte Ziel der Interessen des Wahlkampfes vorgegeben. Das Fiasko der US-Politik im Iran hat der Demokratischen Partei einen schweren Schlag zugefügt. Die Demokraten, die mit der Besorgnis um das Schicksal von Landsleuten ihr Spiel treiben, den Chauvinismus schüren und der Opposition einen Maulkorb anlegen, haben es fertiggebracht, den katastrophalen Prestigeschwund der Administration zu stoppen.

Doch man erwartet, daß Carters Popularität erneut sinken wird, sobald sich die Atmosphäre der Krise entlädt und die Amerikaner unmittelbar mit ihren Folgen konfrontiert werden — mit den stark gestiegenen Rüstungsausgaben, dem Abbau der Sozialprogramme angesichts der neuen Rezession und der starken Inflation. Die Wiederbelebung der Politik des „großen Knüppels“ aber kann nur neue Krisen, neue Entbehrungen herbeiführen. „Wir sind in einer mißlichen Lage, nicht weil wir uns zu lange an Vietnam erinnern, sondern weil wir es zu schnell vergessen haben“, erklärte hierzu der Historiker Arthur Schlesinger.

J. GUDKOW
Eigenbericht

gegen Nordjemen richte. Zugleich werden Versuche unternommen, zwischen beiden jemenitischen Staaten einen Konflikt heraufzubeschwören. Wie das Blatt betont, sei die Schaffung einer labilen Situation an der Grenze Saudi-Arabiens eine Art Seil, an dem man es ins Lager Sadats ziehen möchte.

Dem gleichen Zweck dienen Versuche, den arabisch-iranischen Konflikt zu schüren. Wie die fortschrittliche arabische Presse schreibt, verstehen die

ben, und teilt mit: Mit seiner Verwirklichung seien die CIA und Agenten der SAVAK (Geheimpolizei des ehemaligen Schahregimes) beauftragt worden. Nach Ansicht der Zeitung bezwecke dieser Plan, die arabisch-iranischen Beziehungen zu unterminieren, vor allem Iran gegen Irak aufzuhetzen und die iranische Revolution zu schwächen.

Indessen bemüht sich das ägyptische Regime darum, die nationalen und religiösen Differenzen zur Überwindung seiner Isolierung in der arabischen Welt auszuschlachten. Der ägyptische Vizepräsident Mubarak bot Bahrain Waffen und Truppen als Hilfe gegen die „iranische Bedrohung“ an. Diese ungebetene Hilfe wurde abgelehnt, aber das Provokatorische des Angebots steht außer jedem Zweifel: Kairo trägt dazu bei, die iranisch-arabischen Beziehungen zuzuspitzen. Als israelische Flugzeuge Bomben auf südlibanesischen Ortschaften abwarfen, bot Präsident Sadat Libanon keine Hilfe an. Dafür offerierte Sadat Marokko vor kurzem Waffen und Truppen für den Einsatz im Sahara-Konflikt.

In der arabischen Presse trifft man auf Meldungen, USA-Außenminister Vance habe während der kürzlichen Verhandlungen in Beersheba Sadat versprochen, diesem die Isolierung in der arabischen Welt überwinden zu helfen. In Rabat trafen USA-Emissäre ein, darunter Senator Javits, der empfoh-

len hatte, den Durchbruch Sadats aus der Isolierung mit Marokko zu beginnen — und dies zu einer Zeit, da sich der Konflikt um Westsahara stark zugespitzt hat und die imperialistischen Geheimdienste alles daran setzten, einen bewaffneten Zusammenstoß zwischen Algerien und Marokko anzustiften. Hierbei haben die USA dem ägyptischen Expeditionskorps, das seit langem auf auswärtige Operationen trainiert wird, eine besondere Rolle zugeordnet. Nach demselben Szenario solle Sadat, wie „Al-Safir“ schreibt, im Falle von Kampfhandlungen zwischen Marokko und Algerien eine Aggression gegen Libyen starten.

Die Wochenschrift „Middle East Reporter“ (Beirut) stellte fest: „Die Kon-

zentration ägyptischer Truppen an der Grenze zu Libyen, wo zwei Divisionen und ca. 500 Panzer zusammengezogen sind, ist nunmehr ein öffentliches Geheimnis.“

Auch Syrien ist der Reaktion ein Dorn im Auge, denn dieses Land weist grundsätzlich alle Versuche Washingtons zurück, es in die Separatabmachung einzubeziehen. Das gilt auch für die palästinensische Widerstandsbewegung (PR). Der Kampf gegen die Palästinenser wird in Libanon ausgetragen, wo die Staatsposten nach der Glaubenszugehörigkeit verteilt werden, was einen günstigen Boden für die Schürung des religiösen Haders bietet. Laut „Al-Safir“ veranstaltete der ehemalige israelische Außenminister Allon seinerzeit ein nicht für die Presse bestimmtes Briefing für die Elite der USA-Journalisten. Er verriet ihnen den alten israelischen Traum, „die Nahostkarte umzumodeln und anstatt Libanons, Syriens und Iraks kleine konfessionelle Staaten — einen maronitischen, einen drusischen, einen alaütischen, einen sunnitischen und einen schiitischen — zu schaffen“. Naturgemäß würde sich Israel in ihrer Mitte als Großmacht empfinden.

Jetzt sind wir Zeugen dessen, wie einige dieser Pläne in die Tat umgesetzt werden. So ist in Südlibanon ein winziger Marionettenstaat des Verräters Khaddad entstanden.

Die Entwicklung in Syrien wird gefährlich. Die Behauptungen der USA-Presse, die religiösen Zusammenstöße in Latakia und Haleb seien „spontan“, können niemanden mehr irreführen. Sie wurden von westlichen Geheimdiensten nicht ohne Dazufun ihrer israelischen und ägyptischen Kollegen provoziert. Die Alauten in Syrien werden von den reaktionären „Moslebrüdern“ niedergemacht, einer Organisation, die Präsident Nasser seinerzeit in Ägypten verboten, mit der Sadat jedoch heute flirtet. Die syrische Führung weiß sehr wohl, wer den religiösen Hader im Lande schürt und welche Ziele dabei verfolgt werden. Wie die Presse in Damaskus schreibt, richtet sich dieses von außen, inspirierte Komplott darauf, die Stabilität in Syrien ins Schwanken zu bringen, das fortschrittliche Regime zu liquidieren und eines zu errichten, das die im-

perialistische Politik mitmachen würde. Ähnlich wird in Irak verfahren, wo die ausländische Agentur Kollisionen zwischen Schiiten und Sunniten provoziert. Dieses Gespinnst von Komplotten wird von Washington und seinen Agenten im

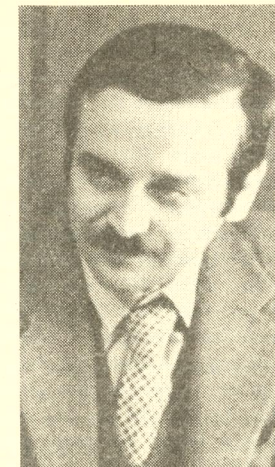
Nahen Osten gesponnen, um ein Kräfteverhältnis, das den USA-Politikern nicht paßt, von innen zu unterminieren. Zusammen mit den eindeutig hegemonistischen, militaristischen USA-Schritten (Aufstellung der „Eingreiftruppe“, des

ägyptisch-israelischen „Minikorps“ u. a.) bedeuten diese Komplotte eine reale Gefahr für die Sicherheit, Unabhängigkeit und nationale Souveränität der arabischen Völker und ihrer Nachbarn.

A. NIKOLAJEW

PLO DENKT AN DIE ZUKUNFT

Im Dezember hielt sich in Moskau eine palästinensische Delegation unter YASSER ABD-RABBOU, Mitglied des PLO-Exekutivkomitees und Leiter der PLO-Abteilung Information und Kultur, auf. Er beantwortete einige Fragen des NZ-Korrespondenten Andrej Stepanow.



Das Ansehen der PLO in der Welt steigt in den letzten Jahren unablässig. Worin sehen Sie den Grund dafür?

Unsere palästinensische Widerstandsbewegung wird ein immer festerer Bestandteil der Bewegung der demokratischen, friedliebenden Kräfte der Welt, die verstehen, daß es im Nahen Osten keine gerechte Regelung und keinen dauerhaften Frieden geben kann, solange die kardinale Frage, die palästinensische, nicht gelöst ist.

Die Bombenabwürfe auf Südlibanon, der imperialistische Druck und die ägyptisch-israelischen Separatverhandlungen haben dem Ansehen der palästinensischen Widerstandsbewegung und ihres anerkannten Führers, der PLO, nichts anhaben können. Vor 15 Jahren, am 1. Januar 1965, führte sie die erste erfolgreiche Kampfoperation durch. Damals erfuhr die Welt nur, daß wir bestehen. Und heute? Im November 1979 trafen sich über 250 Delegationen aus mehr als 100 Ländern, die ein breites Spektrum der politischen Kräfte vertraten, in Lissabon, um unseren Kampf zu unterstützen. Vor kurzem verurteilte die UNO-Vollversammlung mit 132 Stimmen gegen eine einzige (Israel) den Beschluß der israelischen Machthaber, D. Shaka, den Bürgermeister von Nablus, auszuweisen, und mit 75 gegen 32 Stimmen die Separatabmachung von Camp David.

Wenn also die Sympathien der Welt auf unserer Seite sind, so verdanken wir das in erster Linie dem Mut und der

Standhaftigkeit unseres Volkes, der Zusammenarbeit und brüderlichen Hilfe der revolutionären Kräfte der Gegenwart, der sozialistischen Länder als ihres Vortrupps, vor allem der UdSSR, der Hilfe der Parteien der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Staaten und der nationalen Demokraten in den Entwicklungsländern.

Worin sehen Sie den Unterschied des kürzlichen 10. arabischen Gipfels in Tunis vom vorigen Gipfel in Bagdad?

Die Konferenz in Tunis bestätigte alle in Bagdad 1978 angenommenen Beschlüsse und ging noch weiter. Ihre Teilnehmer verurteilten energisch Camp David, die Nahostpolitik der USA und ihre Drohungen gegen die Völker dieser Region, namentlich gegen Iran. Zum erstenmal sprach man davon, Wirtschaftswaffen gegen die USA einzusetzen. In Tunis waren übrigens alle arabischen Staaten mit Ausnahme Ägyptens vertreten, selbst solche, die in Bagdad nicht dagegewesen waren.

Das geschah, weil die Entwicklung von Camp David in eine Sackgasse geraten ist. Zum Zusammenschluß der Araber trugen ferner die Standhaftigkeit der PR (Palästinensische Widerstandsbewegung) und der nationalpatriotischen Kräfte Libanons im Süden dieses Landes bei.

Ein Faktor von besonderer Bedeutung ist die Entwicklung der palästinensisch-sowjetischen und der syrisch-sowjetischen Kontakte, da

sich die Front der Standhaftigkeit und des Widerstands in ihrem Kampf gegen die Kapitulationspolitik auf die Freundschaft mit der UdSSR stützt. Unseres Erachtens sind die Ergebnisse von Tunis ein Minimum, wir wollen uns nicht darauf beschränken, vielmehr den Kampf gegen die politischen, militärischen und wirtschaftlichen USA-Interessen in unserer Region verstärken. Da aber die Teilnehmer der Konferenz von Tunis politisch recht bunt waren, betrachten wir das erreichte Minimum als annehmbar.

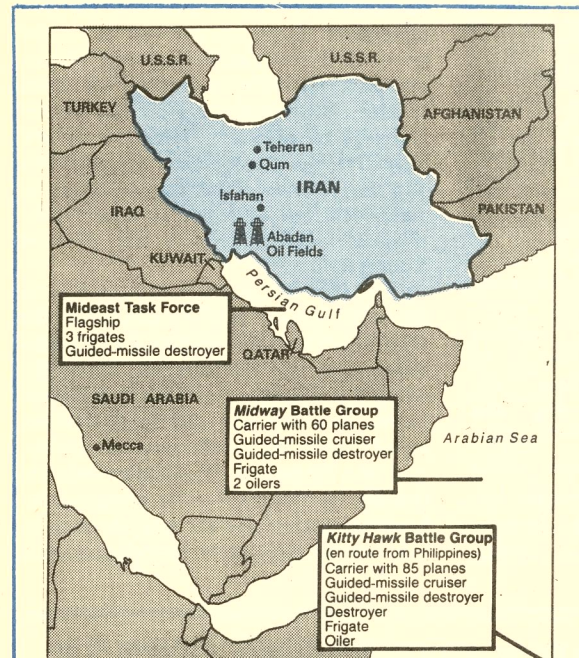
Die Konferenz trat in einer Situation zusammen, als sich die antiamerikanischen Stimmungen in der Region beispielsweise verstärkten. Das beeinflusste natürlich ihre Beschlüsse. Nun gilt es, von der Verurteilung der USA-Politik zu Aktionen gegen sie überzugehen.

Die westliche Presse schrieb Diverses darüber, wie in Tunis die Lage in Südlibanon erörtert wurde.

Man muß mit aller Bestimmtheit sagen: Die Konferenzergebnisse sind ein Sieg des Kurses auf die Erhaltung der Integrität und Unabhängigkeit Libanons, auf seine demokratische Entwicklung.

Entgegen den Behauptungen einiger westlicher Presseorgane möchte ich betonen, daß in Tunis keinerlei Geheimbeschlüsse über die Libanonfrage gefaßt wurden. Die vereinbarten sieben Punkte sind veröffentlicht. Sie besagen: Die Verantwortung für die Lage in Südlibanon trifft Israel; die arabischen Staaten werden der libanesischen Regierung politische und materielle Hilfe zur Behebung der Folgen der israelischen Aggression erweisen sowie die PR in Südlibanon unterstützen. Zu den wichtigsten Punkten gehört die Aufforderung, Zusammenarbeit und freundschaftliche Beziehungen zwischen den libanesischen Behörden und der PR anzubahnen. Das ist unser ständiges Anliegen, aber die Kräfte, die mit Israel und seinen Schutzherren kollaborieren, sind dagegen.

Den Plänen des Imperialismus wurde also ein empfindlicher Schlag versetzt. Der Sonderbeauftragte von Präsident Carter, F. Habib, redete einigen arabischen Führern vor dem Treffen in Tunis ein, zu verlangen, erstens die Truppen der PR aus Südlibanon abzuziehen, ohne daß Garantien für die Einstellung der israelischen Aggression bestehen, und zweitens eine Konferenz über Libanon



Die „U. S. News & World Report“ brachte am 3. Dezember dieses Schema, auf dem zu sehen ist, wo USA-Kriegs-

schiffe an der iranischen Küste kreuzen. Bis Ende Dezember waren es schon 21.

USA, daß die Vereinigung der islamischen Massen zu einer revolutionären Bewegung die Herrschaft des Imperialismus in der Region gefährden werde. Ebendeshalb spekulieren die westlichen Propagandaorgane auf die „Gefahr des islamischen Imperialismus“, dem es darum ginge, die iranische Revolution in die arabischen Nachbarländer zu exportieren. Leider geben reaktionäre Vertreter der iranischen Geistlichkeit Anlaß zu solchen Behauptungen.

Die CIA will auch die unterschiedlichen Glaubensrichtungen gegeneinander ausspielen. „Al-Safir“ verweist darauf, daß der Sicherheitsberater des USA-Präsidenten Brzezinski und der stellvertretende Befehlshaber der USA-Truppen in Europa Huyser nach dem Sturz des Schahs einen Plan zur Schürung des religiösen Haders in Iran ausgearbeitet ha-

unter Teilnahme der USA, Israels, Ägyptens, Libanons, Syriens und Jordaniens abzuhalten; das hätte den Rahmen der Separatabmachung erweitert, Syrien und die PR aber geschwächt. Die Konferenz von Tunis wies die imperialistische Einmischung in die Angelegenheiten Libanons zurück und bekräftigte, daß die arabischen Länder das Problem selbständig lösen können.

Die zionistische Propaganda behauptet weiterhin, daß die Palästinenser den Staat Israel vernichten wollen, weshalb es keinen Sinn habe, die PLO anzuerkennen oder mit ihr auch nur zu verhandeln.

Erstens zeigt die Praxis, daß es Israel ist, das seit 30 Jahren eine aggressive Politik treibt, um das palästinensische Volk zu vernichten. Israel weigert sich, besonders nach der Aggression von 1967, sämtliche UNO-Beschlüsse auszuführen. Zweitens darf man nicht vergessen, was die zionistischen Führer ganz offen sagen. Sie wollen die PLO auch dann nicht anerkennen, wenn diese Israel anerkennt. Drittens haben wir die bekannte sowjetisch-amerikanische Erklärung vom 1. Oktober 1977 unterstützt. Sie bekräftigt alle früheren UNO-Resolutionen und fordert zu einer gerechten,

ausbalancierten Lösung des Nahostproblems auf, zu der auch die Gewährleistung der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina gehört.

Israel lehnte jedoch diese Erklärung ab; die USA, die behaupten, die PLO bestehe für sie nicht, weil sie die UNO-Beschlüsse nicht anerkenne, machten einen Rückzieher, um dann zu Separatabmachungen Zuflucht zu nehmen.

Wer will also einen gerechten dauerhaften Frieden im Nahen Osten, und wer ist dagegen? Nicht nur unsere Freunde verstehen den Sinn unseres Kurses. Wer bis vor kurzem negativ zu uns stand, bezieht jetzt eine realistischere Position und wird sich über die Verlogenheit der zionistischen Propaganda klarer. Ich meine u. a. westeuropäische Kreise, darunter gewisse sozialdemokratische Politiker. Doch kann ich noch immer nicht sagen, daß sie einen richtigen, konsequenten Standpunkt vertreten. Die erwähnten Kreise verurteilen zwar bestimmte Aspekte der israelischen Politik, halten jedoch die Abkommen von Camp David für eine gute Grundlage, die man nur ausbauen müsse.

Die westeuropäischen Sozialdemokraten erkennen die PLO noch immer nicht als den einzigen legitimen Vertreter des arabischen Volkes von Palästina an und gestalten ihre Beziehungen zu ihr als zu

einer nur de facto bestehenden Organisation. Sie bekunden uns nur ihre allgemeine Sympathie. Doch wer eine positive Rolle spielen will, der darf nicht eine doppelbödige Politik betreiben und muß konsequent sein.

Lauf Pressemeldungen hoffen die Teilnehmer des Separatabkommens, unter den Palästinensern Paktierer zu finden, die mit ihnen verhandeln würden.

Die potentiellen Paktierer riefen eine solche Empörung der Massen hervor und sahen sich dermaßen isoliert, daß sie es vorzogen, alle separaten Vorhaben aufzugeben. Das ganze palästinensische Volk hat sich im Kampf gegen die berüchtigte „Autonomie“ vereinigt. Deshalb mußten Sadats Sprecher neuerdings zugeben, daß es keine Alternative zur PLO gibt, obwohl sie ein ganzes Jahr fieberhaft danach suchten. Die Verhandlungen über die „Autonomie“ werden fortgesetzt, aber sie sind zum Scheitern verurteilt.

Wir sind überzeugt: Gemeinsam mit allen patriotischen Fortschritt Kräften der arabischen Welt werden wir trotz allen heutigen Schwierigkeiten die Befreiung und den sozialen Fortschritt erreichen, und wir glauben, daß dies nicht mehr so weit entfernt ist.

R. ANDREASSIAN

OPEC: KEIN EINHEITSPREIS

Die 55. OPEC-Konferenz (Caracas) verlief in einer Situation, da die Treibstoffe noch immer mangeln und die Erdölpreise weiterhin steigen. Der Grund ist nicht so sehr die gedrosselte Gewinnung in den meisten exportierenden Ländern wie vielmehr die wachsenden Ankäufe der führenden kapitalistischen Länder und Monopole. Sie wollen ihre Erdölreserven aufstocken, da sie eine noch größere Zuspitzung der Situation im Nahen und Mittleren Osten und einen weiteren Preisanstieg befürchten. Je mehr sich die Erdölknappheit bemerkbar macht, um so mehr wächst der Umsatz auf dem Promptwarenmarkt in Rotterdam, wo die internationalen Monopole über vorgeschobene Firmen das Erdöl, das sie bei den OPEC-Ländern gemäß langfristigen Verträgen kaufen, zu überhöhten Preisen (bis zu 45 Dollar je Barrel) weiterverkaufen, wobei sie kolossale Profite erzielen.

Unter diesen Umständen hielten es einige OPEC-Länder für zweckmäßig, die Preise im Rahmen der langfristigen Verträge weiterhin zu erhöhen. Sie wollen einen Vorrat anlegen, um der galoppierenden Inflation und dem Dollarsturz standhalten zu können. Kurz vor der Konferenz setzten Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar die Preise um ein Drittel herauf, auch Venezuela erhöhte sie. Der neue Preis des saudischen leichten und des venezolanischen etwas

schwereren Erdöls beläuft sich auf 24 Dollar je Barrel. Indonesien und Iran erhöhten den Preis auf 28—28,5 Dollar, Libyen und Algerien auf 30 Dollar je Barrel (230 Dollar je Tonne). Im Jahre 1979 stiegen die Ölpreise auf das Doppelte und in absolutem Ausdruck weit mehr als 1973/74.

Die Erdölminister der 13 OPEC-Länder erzielten keine Übereinkunft über ein einheitliches Preisniveau 1980. Zum erstenmal, seit die OPEC besteht, ist jeder ihrer Teilnehmer faktisch berechtigt, den Preis, wenigstens bis zur nächsten, in einem halben Jahr fälligen Konferenz, selbständig festzusetzen. Der Abnehmer findet sich bereit, für das Erdöl immer mehr zu zahlen, und das ließ die unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Interessen der OPEC-Länder deutlicher zutage treten. Der praktisch unkontrollierte Preisanstieg auf dem imperialistischen Ölmarkt hält an.

Aber in drei wichtigen Punkten zeigten sich die Konferenzteilnehmer geschlossen. Sie betonten die Notwendigkeit, den imperialistischen Spaltungsumtrieben gegen die OPEC entgegenzuwirken; verurteilten die Machenschaften der internationalen Monopole; äußerten sich für eine Entschädigung der erdölimportierenden Entwicklungsländer, denen aus der neuen Preiserhöhung Verluste erwachsen. So wurde beschlossen, den Sonderhilfsfonds der OPEC für diese Länder von 1,6 auf 4 Milliarden Dollar zu erhöhen.

Das vorige Jahr war ein Unglücksjahr für Diktatoren. Es stürzten So-moza, Mohammed Resa Pehlewi, Pol Pot, Idi Amin, Bokassa und Macias. In Nikaragua, im Iran, in Kampuchea, Uganda, in der Zentralafrikanischen Republik und in Äquatorial-Guinea waren über 100 Millionen Menschen viele Jahre von ihnen unterdrückt worden. Auch wurden mehrere Millionen ermordet, zu Tode gepeinigt oder zu Krüppeln gemacht.

Diktatoren kommen auf verschiedenen Wegen zur Macht. Manchmal können sie ein Volk mit falschen Versprechungen und Losungen täuschen, aber meistens bannen sie sich diesen Weg mit Kugeln und Geschossen. Manche von ihnen können jahrzehntelang die Opposition niederhalten. Die weniger glücklichen verlieren die Macht und den Kopf, noch ehe sie sich an ihre neue Würde gewöhnt haben.

Auf den ersten Blick scheinen sie einander nicht zu gleichen. Was hat z. B. der Rechtsextremismus Pak Tschung His mit der maoistischen Hysterie Pol Pots gemein? Man soll sich aber auf den ersten Eindruck nicht verlassen. Hinter verschiedenen Masken und Parolen stecken Mörder, die ihren Völkern verhaßt sind.

Die Diktatoren haben keinen leichten Stand. Sie müssen dick gepanzerte Wagen fahren, den Amtssitz wechseln, ihre Wache verstärken und sich zugleich vor ihr in acht nehmen. Das verdirbt den Appetit, führt zu Schlaflosigkeit sowie zu Krankheiten, die sie sich im Exil behandeln lassen müssen — falls sie mit heiler Haut davongekommen sind.

Alle Regierungen von Diktatoren sind gleichgültig für die Bedürfnisse des Volkes. Infolge der Verelendung und des Terrors flüchten Hunderttausende, darunter die tüchtigsten Arbeitskräfte, die in der nationalen Wirtschaft dringend gebraucht werden. Nicht umsonst zählen die meisten der genannten Länder zu den ärmsten und zurückgebliebensten der Welt.

Ihre ehemaligen Herren aber lebten in Saus und Braus. Als sich Bokassa aus der Zentralafrikanischen Republik zum Kaiser erklärte, kosteten die Krönungsfeierlichkeiten 25 Mio Dollar, fast ein Viertel des Staatsetats. Macias machte die Staatskasse Äquatorial-Guineas zu seiner eigenen. Jedes Jahr zahlte er sich selbst 2,5 Mio Dollar aus, während die Landesbewohner vor Hunger und Elend umkamen.

Nicht viel anders trieb es Idi Amin. Er richtete in den acht Jahren seiner Herrschaft die Wirtschaft Ugandas zugrunde, legte dafür aber ein schönes Vermögen in Banken des

STATT EINES NACHRUFES

FORTSETZUNG FOLGT

Auslands an. „Die Regierung ist mit der Direktion einer Privatgesellschaft vergleichbar“, schrieb er im französischen „Figaro“ ein halbes Jahr nach seinem Sturz zynisch. „Als Präsident, der fleißig für sein Land gearbeitet hat, hatte ich ein Anrecht auf noch größere Vergütungen. Das wäre nur demokratisch gewesen.“

Viele Diktatoren haben eine krankhafte Vorliebe für prunkhafte Titel. Damit waren die afrikanischen Tyrannen den anderen überlegen, und den Rekord stellte Macias auf. Er besaß 45 offizielle Titel, darunter solche wie „Einmaliges Wunder“ und „Großmeister der Bildung, Kultur und Wissenschaft“. Eine Devise des Staates lautete: „Dank Macias hat Gott Äquatorial-Guinea geschaffen.“

Amin war etwas bescheidener. Außer dem Titel „Präsident auf Lebzeiten“ nannte er sich Feldmarschall, Doktor des Völkerrechts und „Sieger über das Britische Reich“. Schlauer war Bokassa, er machte aus der Republik eine „erbliche konstitutionelle Monarchie“. Ein regelrechter „Gottgesalbter“ wurde er aber nicht, weil der Papst es ablehnte, zur Krönung zu erscheinen.

Alle hielten sich für große Staatsmänner, die in der Geschichte ihrer Völker eine neue Ära eröffnet hätten. Sie machten „soziale Experimente“, die in Kampuchea mit der Vernichtung aller Intellektuellen und im Iran mit einem Terror gegen diejenigen endeten, die damit unzufrieden sind, daß dem Land der Kapitalismus aufgezwungen wird. Äußerste Grausamkeit war für viele Diktatoren und nicht nur für Ausnahmefälle typisch.

Es wird kaum je möglich sein, die Namen aller Opfer der Clique Pol Pots oder die genaue Zahl der zu Tode gepeinigten Ugandaer, Iraner und Zentralafrikaner festzustellen. Beim Morden hatte jeder Diktator sein Steckenpferd. In Kampuchea erschlug man meistens mit der Hacke, in Uganda mit Holzhämmern. In Äquatorial-Guinea ließ man ausgehungerte Hunde auf Häftlinge los. In den Kerkern im Iran, in Nikaragua und Südkorea folterte man moderner, nämlich mit Strom, verschmähte aber auch die mittelalterlichen Methoden nicht. Im Zentralafrikanischen „Reich“ wurden die Todeskandidaten erst verstümmelt und dann mit Stöcken totgeschlagen und weder Kinder noch Greise und Frauen geschont. Man denke an den Massenmord an Schulkindern in

Bangui, an dem, wie gemeldet wird, Bokassa teilnahm.

Das Jahr 1979 war für die Diktatoren verhängnisvoll. Pak Tschung Hi wurde vom Chef der eigenen Geheimpolizei erschossen. Die übrigen entgingen der Vergeltung, nur Macias konnte eingefangen werden. Er war der erste Staatschef, der wegen Genozid angeklagt und hingerichtet wurde.

Wie nach schwerer Krankheit kommen die Völker dieser Länder zu sich. Die Tyrannen haben ihnen eine ruinierte Wirtschaft, Krankheiten, Not und äußerst akute soziale Probleme hinterlassen. Die neuen Regierungen (wohl nur mit Ausnahme Südkoreas, wo sich nach der Ermordung Paks nicht viel geändert hat) haben erklärt, jetzt werde es anders. Programme für eine innerpolitische Demokratisierung werden aufgestellt. Das ist keine leichte Aufgabe, wenn man bedenkt, wie schwer die gestürzten Tyrannen ihre Völker materiell und moralisch geschädigt haben. Es wird Jahre dauern, Ruhe und Ordnung sowie die Wirtschaft wiederherzustellen, um so mehr, als die vertriebenen Diktatoren, nachdem sie zu sich gekommen sind, wieder auf eine Rückkehr hoffen. Pol Pots „Armee“ verbirgt sich an der Grenze zwischen Kampuchea und Thailand, Idi Amin trommelt die Reste seiner Banden zusammen, der Ex-Schah macht aus dem gestohlenen Geld den iranischen Konterrevolutionären reichliche Zuwendungen.

Wer braucht sie noch? Den Ex-Schah, der an den Leiden von Millionen Iranern schuld ist, haben die „Menschenrechtler“ aus Washington unter ihre Fittiche genommen. Dem britischen „Guardian“ zufolge bekommen Pol Pots „Rote Khmer“ heimlich Hilfe nicht nur aus Peking, sondern auch schon von gewissen Westmächten.

Aber die Hoffnung auf eine Rückkehr der gestürzten Tyrannen ist vergebens.

Doch es gibt noch Länder, deren Völker unter dem Joch unmenschlicher Diktaturen ins neue Jahrzehnt treten. Noch hört man Stöhnen aus den Kerkern in Chile, Paraguay, Haiti und einigen anderen Ländern Lateinamerikas, von der rassistischen RSA oder Namibia ganz zu schweigen. Die Lehre, die den Tyrannen voriges Jahr erteilt wurde, hat im neuen Jahr eine Fortsetzung.

B. ASSOJAN

Guantánamo - Land der vielen Flüsse

Irina HUSEMI

Eng verflochtene Kokospalmen, Bananendickichte, Kaffeebäume. Flauchige Farnteppiche an den Berghängen. Kühle Schluchten mit den Fackeln feuerrot blühender Bäume. Und Flüsse, die bald von Felswänden stürzen, bald gemächlich durch Täler fließen. In der Sprache der Eingeborenen, die hier vor dem Einfall der Spanier lebten, bedeutet Guantánamo Land der vielen Flüsse. Hier, an der Ostspitze der Insel, bricht für Kuba jeder neue Tag an.

Wie Geschichtsschreiber bezeugen, war das eine Bucht, in der alle Schiffe Amerikas und Europas gleichzeitig Zuflucht finden konnten, mit bequemen Ankerplätzen und immergrünen Ufern. Auf diesen strategisch gelegenen Hafen hatte es auch die Königin von England abgesehen, doch die englische Siedlung bestand nicht lange. Hierher flohen vor der Revolution auf Haiti die französischen Siedler, brachten den Anbau von Kaffee mit und bauten die erste Zuckerfabrik. Der fruchtbare Boden lockte schon immer viele Handelsgesellschaften an. Das Hauptanwesen dieser Provinz wuchs und wurde im 17. Jahrhundert die Stadt Guantánamo.

Hier entsprangen die Quellen des kubanischen Unabhängigkeitskrieges. Hier landeten die drei großen Führer dieses Krieges: José Martí, Máximo Gómez und Antonio Maceo. Hoch in der Monte Tauro trug Maceo den ersten und entscheidenden Sieg in diesem Kriege davon.

In den Jahren der Erhebung gegen die Diktatur Batistas operierte in der jetzigen Provinz Guantánamo die nach Frank Pais benannte Zweite Ostfront. Am 1. März 1958 nahm Raúl Castro zum ersten Male im fünfjährigen gemeinsamen Kampf von Fidel und den Kameraden von der Sierra Maestra Abschied und ging nach Norden, um dort diese neue Kampffront zu eröffnen. Ende 1958 verschmolz die Zweite Front nach der

erfolgreichen Operation mit der Ersten und Dritten, und es begann die Entscheidungsschlacht um den Endsieg der Revolution auf Kuba.

Nach der neuen Gebieteinteilung wurden in Guantánamo, der östlichsten Provinz, 10 Municipios (Gemeinden) zusammengefaßt. Das sind 6327 km² Fläche, 250 km Küste und über 433 000 Bewohner. Heute hat Guantánamo an den Berghängen Kaffee- und Kakaopflanzungen, überall Fabriken sowie neue Krankenhäuser und Schulen, Staudämme über reißende Ströme und schöne Siedlungen hoch im Gebirge.

Die Stammbewohner nennen sich Guantanameros, das berühmte Lied „Guantanamera“ ist hier entstanden. Der Text ist von José Martí.

5300 Provokationen

Hinter den letzten Häusern der Stadt Guantánamo ziehen sich viele Kilometer weit sanfte Hügel mit dichtem Gestrüpp und den dünnen, hochgereckten Armen der Riesenkakteen hin. Ringsum weder eine Behausung noch Menschen. Auch keine Vögel. Ein schwarzweißer Schlagbaum, Soldaten mit Stahlhelmen, Kasernenbaracken. Dann wieder kilometerweit menschenleeres Dickicht. Ein großes steinernes Tor, an einer Seite die Aufschrift: „Republik Kuba. Freies Gebiet Amerikas.“ An der anderen Seite weht die nordamerikanische Fahne. Hier ist der Haupteingang zum US-Marinestützpunkt.

Vom Wachturm aus ist der Stützpunkt mit seinen etwa 12 000 ha Fläche, an dem sich die USA festgekrallt haben, ziemlich gut zu überblicken. Man sieht die Küstenbauten, zahlreiche Schiffsrümpfe und die an der Sonne glitzernden Kegel der Benzinbehälter. Andauernd surren Flugzeuge. Auf einem Hügel blinkt

ein Leuchtturm für einfahrende Schiffe.

Die Geschichte der widerrechtlichen Besetzung eines Teils des kubanischen Guantánamo durch die USA geht auf Anfang dieses Jahrhunderts zurück.

Im Unabhängigkeitskrieg wurden die erfolgreichen Operationen der Patrioten dadurch zunichte gemacht, daß US-Truppen Kuba besetzten. Für eine Zurücknahme der Besatzungstruppen zwangen die USA Kuba die demütigende Platt-Bill auf, mit der sie sich das Recht ausbedingen, bei „Unruhen“ auf der Insel zu intervenieren; ferner auf „Pacht“ eines Teils des Landesgebiets für den Bau eines Marinestützpunkts. Am 10. Dezember 1903 wurde das Gelände an der Bucht von Guantánamo der US-Kriegsmarine übergeben.

Nach dem Sieg der kubanischen Revolution am 1. Januar 1959 weigerte sich die revolutionäre Regierung, von den USA die lächerlichen 2000 Dollar Pacht entgegenzunehmen. Seit 1959 aber gehen von dem Stützpunkt andauernd Provokationen gegen das revolutionäre Kuba aus. Von hier aus wurden Agenten für Sabotageakte und für Morde an kubanischen Soldaten und Zivilisten eingeschleust. Auf dem Stützpunkt fanden die Gusanos (Würmer) genannten Konterrevolutionäre, die sich der Justiz entzogen, Unterschlupf.

Seit 18 Jahren hält die berühmte Grenzerbrigade „Bon Fronterizo“ an der Grenze zum US-Stützpunkt Wache. Sie ist mit dem Ehrenbanner des Kommunistischen Jugendverbands Kubas ausgezeichnet worden. Jedes Jahr werden die tüchtigsten jungen Rekruten für den verantwortungsvollen und ehrenreichen Dienst in der Brigade ausgewählt. Außer der Fähigkeit, tadellos mit modernen Waffen umzugehen, körperlicher Fitness und theoretischen Kenntnissen verlangt man von ihnen, daß sie es verstehen, sich unter beliebigen Umständen zu beherrschen.

In dem Museum der Brigade, das in Guantánamo (Stadt) zu ihrem 10jährigen Bestehen eröffnet wurde, sind Ausschreitungen von US-Soldaten auf Fotos in ihrer ganzen Abscheulichkeit zu sehen. Die „braven Yankees“ schneiden Fratzen, tanzen im Adamskostüm herum und legen am Tor des Stützpunkts Päckchen US-Zigaretten und Feuerzeuge hin, weil sie glauben, das wären gute Köder.

An den Ständen im Museum sieht man Fotokopien der Platt-Bill und anderer Verträge und Abkommen zwischen den USA und den vorrevolutionären kubanischen Machthabern. Daneben Dokumente, die nicht

für die Öffentlichkeit bestimmt waren: vom kubanischen Geheimdienst erbeutete Pläne für einen Überfall der Gusanos auf die Garnison Guantánamo und für ein Attentat auf den kubanischen Minister für die Streitkräfte. Diese Pläne und die für viele andere Verbrechen wurden auf dem Stützpunkt ausgeheckt und vorbereitet.



Eine Museumsabteilung ist jedem Kubaner teuer. Hier sieht man Bildnisse, Auszeichnungen und Gegenstände aus dem persönlichen Besitz von Nationalhelden: Soldaten der Grenzbrigade, die auf ihrem Posten vom Stützpunkt aus erschossen wurden, Kubaner, die der Konterrevolution zum Opfer fielen.

Manche der Namen hörte ich schon früher unter tragischen Umständen. Im Sommer 1964 wurden die in Kuba tätigen Auslandsjournalisten an die Grenze des Stützpunkts gebracht, wo einige Stunden vorher einer von den besten der „Bon Fronterizo“, der 19jährige Ramón López Peña, ermordet worden war. Er hatte auf Grenzwache gestanden, da traf ihn die Kugel eines gewissenlosen Yankee. Schwer war der Abschied der Kameraden von ihm. Ein Freund des Gefallenen, José Ramírez Reyes, der kurz zuvor auch von einer Kugel der Amerikaner getroffen worden war, sagte zu uns Journalisten: „Manchmal denkt man: ‚Ich habe ja auch ein Gewehr!‘ Wir haben aber kein Recht, zurückzuschießen. Denen wäre es gerade recht. Wir müssen fest bleiben.“

Es vergingen zwei Jahre, und wieder ein Mord an der Grenze, wieder fiel ein Soldat im Frieden, getroffen von dem Feind, der sich auf kubanischem Boden eingenistet hat. Der Soldat hieß Luis Ramírez López. Einen Tag später brachten die nordamerikanischen Nachrichtenagenturen die Erklärung des US-Staatsdepartements, er sei bei einem Versuch, in den Stützpunkt einzudringen, verwundet worden. Wieder kamen die Journalisten hin und konnten sich davon überzeugen, daß der tödlich getroffene Mann gar nicht über das Minenfeld und den 2 m hohen Zaun

sowie durch drei Stacheldrahtverhaue vom Stützpunkt zurückgekommen sein konnte. Er hatte seinen Militärausweis in der Tasche, darin lag ein Blatt aus einem Buch über die Tapferkeit von Männern, die viele Jahre vorher und viele Kilometer von Kuba entfernt, in der Brester Grenzfestung, gekämpft hatten.

Der US-Marinestützpunkt hat sich wie ein Krake an Kuba festgesogen und bleibt ein Herd der Kriegsgefahr und ständiger Provokationen. In 20 Jahren waren es über 5300.

Die Leistungen und Sorgen der Guantanameros

Wir waren einige Tage nach den kürzlichen provokatorischen Manövern der US-Marine, bei denen das Pentagon 16 Kriegsschiffe, darunter den Flugzeugträger „Forrestal“, in die Karibik schickte, an der Grenze zum Stützpunkt. Auf dem Stützpunkt Guantánamo landete Marineinfanterie. Grenzer erzählten uns, daß während der Manöver auf dem Stützpunkt und in der Bucht der Teufel losgewesen sei. Die Einwohner hatten Tag und Nacht keine Ruhe vor der Kanonade und dem Geheul der andauernd startenden und landenden Flugzeuge.

„So große Manöver hatten wir lange nicht gesehen, und selbstverständlich versetzten sie die jungen Soldaten des Bataillons in eine gewisse Spannung“, sagte Julio Casa Rigueiro, der Befehlshaber der dortigen Grenzer. „Aber nichts von einer Panik. Alle waren wie immer auf jede Überraschung gefaßt, alle waren in Kampfbereitschaft.“

Die Praxis hat bewiesen, daß, je näher der Feind und je größer die Gefahr, desto fester die Entschlossenheit der Menschen ist, ihm eine gebührende Abfuhr zu erteilen. Die Nähe des US-Stützpunktes verstärkt nur den patriotischen Geist der Bewohner von Guantánamo, ihre Entschlossenheit, die sozialistischen Errungenschaften zu verteidigen und zu mehren. Hier befinden sich 6 große Zuckerfabriken, rund 90 Milchviehfarmen, und bis Ende 1980 sollen noch 38 eröffnet werden. Um diese entfernteste und schwer zugängliche Gebirgsprovinz zu fördern, brauchte man vor allem Straßen. Vor der Revolution gab es da 63 km gepflasterte Chaussee, jetzt sind es 462,7 km. Wer eine, z. B. die betonierte Farola — die Laterne — entlangefahren ist, die über die Berge nach Baracoa, der östlichsten Stadt Kubas, führt, der ist begeistert. Diese Straße, die auf einer Seite an steilen Felsen entlangführt und auf der anderen sich auf leichten Trägern

über grüne Schluchten schwingt, umgürtet Berge, steigt himmelwärts oder senkt sich plötzlich zur Küste hinab.

In den Revolutionsjahren sind in Guantánamo über 2500 Wohnungen gebaut worden, davon 772 auf dem Lande. Da gibt es einen neuen Sportplatz, eine Fabrik für Schlosserwerkzeug, 17 Oberschulen „auf dem Feld“, eine Techniker- und eine Lehrerbildungsanstalt für 2000 Studenten. Ferner eine Geflügelfarm. In der Hauptstadt der Provinz ist ein polygraphisches Kombinat gebaut worden, es erscheinen 20 Mio Bücher, 2 Mio Zeitungen und 1 Mio Broschüren im Jahr.

Unser Besuch bei den Grenzern fiel auf den ersten Tag der Zafra. Als die kahlen Hügel um den Stützpunkt von mannshohem Zuckerrohr zu beiden Seiten der Chaussee abgelöst wurden, begegneten uns Traktoren und Fuhrn mit frischgeerntetem Zuckerrohr. An den Chausseerändern gingen die Macheteros mit Sombreros und mit den Machetes — den Buschmessern — in den müden Händen. Es duftete kaum wahrnehmbar nach Zuckerrohrsaft.

Wir suchten eine Fabrik auf. Wie hier üblich, war ihr Name in den hohen Schlot eingemauert: „Argeo Martinez“. So hieß ein in der Sierra Maestra gefallener Aufständischer. Wie bei uns die Schiffe, so sind auf Kuba die Zuckerfabriken nach Nationalhelden benannt. Viele Kilometer weit sieht man überall die weißen Schlotte mit den Namen derjenigen, deren Heldentum von den Kubanern geehrt wird.

Seit drei Zafras nimmt die Central (Zuckerfabrik mit Pflanzungen ringsum) „Argeo Martinez“ in der Provinz den ersten Platz mit ihren Leistungen ein. Ein Rekord war ihre Zafra 1979. Statt der geplanten 24 Mio Arrobas (1 Arroba = 11,5 kg) sind 30 Mio verarbeitet und über 35 000 t Zucker erzeugt worden. In den 100 Jahren, seit die Fabrik besteht, waren es hier noch nie soviel.

Der junge, energische Direktor, Luis Acosta, erklärte den Erfolg damit, daß von den 450 Beschäftigten 214 ständig zu den Bestarbeitern zählen. Hier arbeiten 35 Mitglieder des KJV und 16 Mitglieder der KP.

Wie es der Brauch ist, bewirtete man die Gäste mit frischem, schäumendem Zuckerrohrsaft, dem Guarapo. Zum Andenken bekam jeder ein Säckchen Zucker mit der Aufschrift „Zafra 1980“. Der hohe Schlot ließ zum Abschied seine Baßstimme hören, genau wie ein in See stechender Ozeanriese.

DIE SONNEN-ÄRA

Taňa HÁJKOVÁ, Jelena KNORRE

Aschchabad, die Hauptstadt des sowjetischen Turkmeniens, die in den letzten 30 Jahren nach dem verheerendsten Erdbeben der Welt neu aufgebaut worden ist, hat keine Außenbezirke. Die von großen Bäumen beschatteten Hauptstraßen sind plötzlich zu Ende, und man steht vor der Wüste. Jetzt bloß nicht übersehen, wo die Chaussee nach Bikrow abbiegt, dann führt sie einen geraden Weg zum Sonnenstädtchen: zum Sonnenenergieinstitut der Turkmenischen AdW und seinem Versuchsgelände.

Wohl fuhren wir in einem gewöhnlichen Wolga auf einer gewöhnlichen Chaussee, hatten aber das Gefühl, mit einer Zeitmaschine in die Zukunft zu fahren. Im Sonnenstädtchen werden ja Erdöl, Kohle, Gas und sogar Eis durch Sonnenwärme ersetzt. Mit ihr kann man Wohn- und Treibhäuser beheizen, Metall schmelzen, Wasser entsalzen und Klimaanlage betreiben, und nicht nur an sonnigen, sondern auch an trüben Tagen und sogar nachts. Wie, das sollten wir uns ansehen.

Der erste, rein visuelle Eindruck war etwas enttäuschend. Keine außergewöhnlichen Bauten. Ein dreigeschossiges Standardhaus, bloß daß sich die Treppe an der schmalen Seitenmauer befindet. Drinnen sind die Direktion und die Hauptlaboratorien. Ringsum ein großes Gelände — experimentiert wird größtenteils im Freien. Effektiv sehen natürlich die Heliostate und Fokus-

sierungseinrichtungen mit ihren Hunderten konvexen und konkaven glitzernden Spiegeln aus. Aber sonst? Kein Vergleich, sagen wir, mit den Antennen der kosmischen Fernmeldestationen, und die Treibhäuser und Verdampfer haben nichts besonderes an sich, nur daß es sehr viele sind.

Ganz alltäglich begann seine Ausfahrten auch Redshet Bairamow, der junge Direktor des jüngsten Instituts der UdSSR (es besteht erst seit Februar 1979):

„Unsere Aufgaben waren rein praktischer Natur, noch als wir kein Institut, sondern nur ein kleines Labor waren. Wir sollten bequem bedienbare Konstruktionen zur Nutzung der Sonnenenergie entwickeln. Unsere Republik hat zwar viele Bodenschätze, auch Gas und Erdöl, aber mehr Sonnentage als jede andere: 240 Tage im Jahr wissen wir uns vor der Sonne nicht zu retten. Auch besteht Turkmenien zu 80% aus Wüste und Weideland für die wertvollen Karakulschafe. Mit anderen Worten sind die Wasser- und Energieverbraucher über riesige Flächen verstreut. Es ist technisch sehr schwierig, sie zentralisiert damit zu versorgen, um so mehr, als in jedem Gebiet nicht gar so viel Wasser und Energie gebraucht werden. Andererseits, und das ist vielleicht noch wichtiger, sehen wir Wissenschaftler unsere erstrandige Aufgabe darin, den Werktätigen der Landwirtschaft zu den gleichen Bequemlichkeiten zu verhelfen, wie sie die Städter haben.“

Diese auch soziale Aufgabe ist viel ernster, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Die Arbeitsverhältnisse der Hirten z. B. sind noch immer schwer. Eine Hitze von 50° C und streng rationiertes Wasser. Der Hirt nimmt auf seine Wanderungen mit den Herden die ganze Familie mit, da muß Essen gekocht, gebadet und gewaschen werden, die Leute brauchen einen Kühlschrank, eine Brause usw. Auch Badeeinrichtungen wären am Platze. Über den mangelnden Komfort sind die Leute unzufrieden, darüber kann sie nicht einmal der hohe Lohn hinwegtrösten.“

Also mußte vor allem an Entsalzungsanlagen mit Sonnenantrieb gedacht werden. In der Wüste sind viele Salzwasserteiche anzutreffen. Mit Hilfe der Sonne kann man ihr Wasser leicht und ohne großen Kostenaufwand nutzbar machen. In Owe-Schi und anderwärts sind bereits versuchsweise Sonnen-Entsalzungsanlagen in Betrieb. Jede liefert pro Quadratmeter wärmeabsorbierende Fläche, d. h. Glasscheiben, einen Kubikmeter Wasser.

Auf dem Gelände des Instituts sahen wir diese sehr verschiedenen Konstruktionen. Sie sind ganz einfach. Ein Becken wird mit Salzwasser vollgelassen. An den Wänden sind Rinnen, durch die das mit Hilfe der Sonne verdunstete und niedergeschlagene salzlose Wasser abfließt. Das Becken ist mit Glas abgedeckt. Erst versuchte man es mit Folie, das schien viel billiger zu sein, erwies sich aber als teurer. Sand und Wind zerstören die Folie schnell, sie muß oft ausgewechselt werden. Glas ist teurer, dient aber länger, ist also viel lohnender.

Nach den Entsalzungsanlagen waren Treibhäuser an der Reihe, mit Akkumulatoren für die Sonnenwärme. Für Agrumen, Gemüsearten und andere Pflanzen wurde eine be-

stimmte Wärmeabgabe festgelegt. Die industriell betriebenen Treibhäuser, an denen uns äußerlich nichts Besonderes aufgefallen war, sahen innen sehr ungewöhnlich aus. An den Wänden Regale wie für Bücher. Nur stehen Kästen mit Erde und Pflanzen darauf. So wurde das wichtigste Problem gelöst, Sonnenenergie für die Zeit ohne Sonne zu akkumulieren und festzuhalten. Den Treibhäusern Turkmeniens braucht keine zusätzliche Wärme zugeführt zu werden, selbst im Winter bei 20° Kälte reifen in ihnen die Zitronen wie im Sommer. Eine geistreiche Konstruktion, bei der die Sonne die Luft, die die Erde erwärmt und die Erde die akkumulierte Wärme abgibt, wann das notwendig ist. Weder Wasser noch Sägemehl oder irgendwelche Mischungen haben eine so gute Wirkung wie die gewöhnliche Erde, in der die Setzlinge angepflanzt sind. Die Treibhäuser sind so gebaut, daß möglichst viel Sonne auf möglichst viel bepflanzte Fläche fällt. Solche Treibhäuser kann man in beliebigen Breiten verwenden, es kommt nur darauf an, die Dächer optimal auf die Bewegung der Sonne einzustellen. Wir sahen auch speziell für die Wüste entwickelte hermetisch geschlossene Treibhäuser in Verbindung mit den Entsalzungsanlagen. Hier zirkuliert das Salzwasser, das es in der dortigen Wüste ausreichend gibt, ständig durch Rohre mit Öffnungen, verdunstet, schlägt sich nieder, die Pflanzen brauchen nicht begossen zu werden, und die Wüstenbewohner haben das ganze Jahr frisches Grünzeug und Gemüse.

Probleme gibt es natürlich noch zur Genüge. Man braucht eine einfache und billige Methode, die Rinnen der hermetischen Anlagen vom Salz zu säubern. Aber das ist schon Sache der Technologie. Wenn die Industrie daran interessiert ist, dann

werden solche Probleme schnell gelöst. Im Sommer 1979 veranstaltete das turkmenische Institut internationale Tests. Dazu trafen auf dem Testgelände in Bikrow außer turkmenischen und aserbaidshanischen Entsalzungsanlagen zum Wettbewerb auch solche aus Österreich und der ČSSR ein. Die Experten verglichen und wählten das Beste aus. Die mit Sonnenwärme beheizten Warmwasseranlagen sind vorläufig noch verhältnismäßig teuer, denn das Schleifen der Spiegel ist kostspielig, und die Polyurethanfolie akkumuliert nicht soviel Licht und Wärme wie sie.

„Die Kosten dürfen aber, meiner Ansicht nach, nicht ausschlaggebend sein“, sagt Bairamow. „In unserem Haus mit den Laboratorien benutzen wir nur Sonnenwärme. Im Sommer berieseln wir das Dach mit einer Flüssigkeit, die beim Verdampfen kühlt und wie eine Klimaanlage wirkt. Im Winter rieselt durch dieselben Rinnen eine erwärmende Flüssigkeit. Das ist billiger als elektrische und um etwa 30% teurer als Gasheizung. Die Öl- und Gaspreise steigen aber ziemlich schnell, und morgen werden sich die Kosten angleichen. Zieht man die Schwierigkeiten mit dem Transport und die Luftverschmutzung in Betracht, dann ist die Sache gar nicht so kostspielig. In Aschchabad werden zwei große neue Wohnhäuser ausschließlich mit Sonnenenergie beliefert. Weitere sollen gebaut werden. Ein Betrieb in Buchara (Usbekistan) baut schon Sonnenheiz-, -kühl- und -warmwasseranlagen. Wir haben also schon Erfahrung und haben die beste Bauart geklärt, die Anlagen müßten nur noch mannigfaltiger werden. Manche brauchen z. B. Warmwasseranlagen rund um die Uhr, andere nur am Tage (dafür sind in Kiew gute Anlagen entwickelt worden), wieder andere solche, die auch zum Beheizen dienen können. Hierfür haben tschechoslowakische Fachleute brauchbare Dachanlagen vorgestellt. Bewährt hat sich ein kombiniertes Heiz- und Kühlsystem. Reges Interesse haben Spezialisten aus Kuba, aus arabischen Ländern und aus Lateinamerika dafür gezeigt.“

Besonders interessiert man sich in manchen Ländern für das Projekt eines Heliokomplexes, an dem jetzt im turkmenischen Institut gearbeitet wird. Das ist ein Haus mit zwei Wohnungen, das in Wüste, Steppe, Gebirge und anderen schwer zugänglichen Gebieten aufgebaut werden kann. Es hat Sonnenheizung und -kühlung, Kalt- und Warmwasser und alle sonstigen Bequemlichkeiten. Dazu gehören eine Entsalzungsanlage, Wasserpumpen, ein Treibhaus

und ein Schafstall, alles mit Sonnenenergieanlagen.

Zur Zeit wird im Institut am ersten ganz auf sich selbst gestellten Heliokomplex gearbeitet. In Ländern mit intensiver Viehzucht wird er gewiß lebhaften Anklang finden.

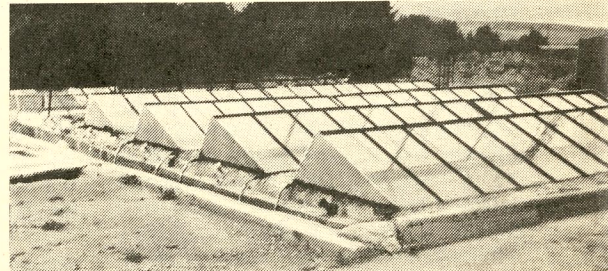
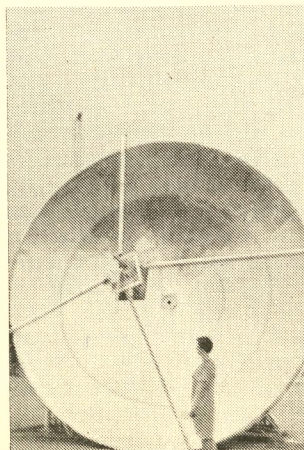
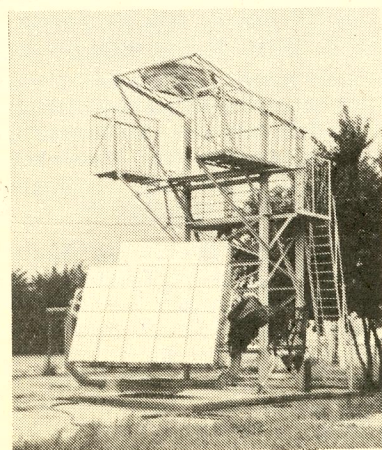
Ja, unsere Zeitmaschine hat uns tatsächlich in eine Welt praktischer Wunder versetzt. Bedenkt man bei der jetzigen Sachlage mit den Energierohstoffen, daß Turkmenien z. B. 60% seines Energiebedarfs mit Sonnenenergie decken kann, so ist es doch ein wahres Wunder. Das ist schon die konkrete Praxis, und die Wissenschaft steht nicht hinter ihr zurück. Sonnenfokussierungsanlagen, Öfen aus Spiegeln, in denen eine Temperatur von mehr als 3000° C und ein Nutzeffekt von 20—30% erzielt wird. Darin wird das Verhalten verschiedener Stoffe, auch der Einfluß der Sonnenstrahlung auf biologische Objekte, untersucht. Fotoelektrische Geräte, Fotozellen, die Sonnenenergie direkt in elektrische umwandeln, werden im Kosmos schon weitgehend verwendet. Obwohl noch teuer, sind sie für die Deckung des Energiebedarfs auf Erden zweifellos aussichtsreich.

Die Ansichten der turkmenischen Bezahmer der Sonne werden von namhaften Fachwissenschaftlern in anderen Ländern geteilt. Darüber äußerte Prof. Félix Trombe, ehemaliger Vorsitzender des Expertenausschusses auf dem UNESCO-Kongreß zu dem Thema „Die Sonne im Dienste des Menschen“.

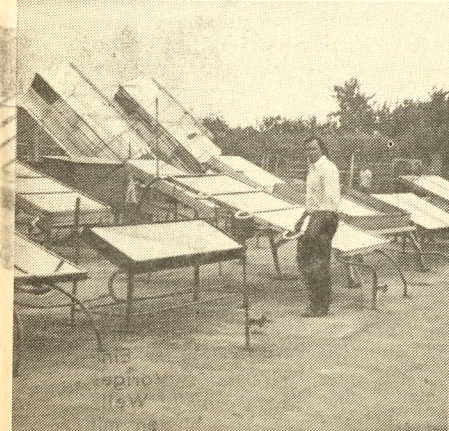
„In den letzten Jahren haben sich die Aussichten auf eine Nutzung der Sonnenenergie geändert. Wenn wir uns wirklich auf die heutigen Realitäten einstellen wollen und wenn eine Massenproduktion entsprechender Anlagen wirklich anlaufen sollte, dann werden viele vermeintliche Probleme wegfallen.“

Nach glaubwürdigen Schätzungen könnte der jetzige Energiebedarf der Welt mit einer Sonnenenergie gedeckt werden, die man jährlich auf einer Fläche von 22 000 km² gewinnen könnte. Diese Fläche macht nur ein Fünftausendstel der Erdoberfläche aus. Man könnte es, wenn der Nutzeffekt der Anlagen, die Sonnenenergie in Wärme und Elektrizität umwandeln, nur 10% betrüge. Mögen die technischen Probleme auch noch recht knifflig sein, es lohnt! Wollen wir hoffen, daß zwischen der Ära der mineralischen und der Ära der astralen Brennstoffe — der thermokernaren Energie — bald eine Ära der Sonne eintreten wird, deren Energie zusammen mit der des Windes, der Gezeiten und der Wasserfälle noch nicht genutzt wird.

Aschchabad—Moskau—Prag



Ein Heliostat. Ein Paraboloidkonzentrator der Sonnenstrahlen. ♦ Sonnen-„Ofen“, Konzentratoren für thermoelektrische Forschungen. ♦ Eine hochleistungsfähige Entsalzungsanlage. ♦ Voriges Jahr fand in Turkmenien ein internationaler Wettbewerb um die besten Warmwasseranlagen mit Sonnenbeheizung statt. Fotos: J. Knorre



PIRATEN DES 20. JAHRHUNDERTS

Freibeutersyndikate

Fregatten und Galeonen werden geentert und nach einem heißen Kampf mit der Besatzung versenkt, die erbeuteten Schätze auf weltabgeschiedenen Inseln vergraben.

Man sollte meinen, das alles gehöre der Vergangenheit an. Das ist aber nicht der Fall, nur arbeiten die modernen Piraten mit anderen Methoden und Hilfsmitteln. An die Stelle der Bronzegeschütze mit gußeisernen Geschossen sind Schnellfeuerkanonen und überschwere MGs getreten, an die Stelle der Segelschiffe mit der schwarzen Fahne Schnellboote mit den modernsten Navigationsgeräten. Und die Beute wird nicht auf Schatzinseln versteckt, sondern bei Banken deponiert.

Die „Ölstraße“ aus Kuwait, Ras Tanura, Dammam und Manamah über den Persischen Golf, durch die Straße von Hormuz und den Golf von Oman ins Arabische Meer kann man mit einer überlasteten Autobahn vergleichen. Tag und Nacht wird sie von schwerfälligen Tankern, von Schüttgutfrachtern mit großem Tiefgang, flinken Küstenfahrzeugen und Fischerfeluken befahren. Ganz vor kurzem sind Militärfahrzeuge hinzugekommen, u. zw. im Zusammenhang mit der im Westen herrschenden Energiekrise. Sie hat im Raum des Persischen Golfs das Piratenunwesen wiederaufleben lassen.

Die Opfer waren anfangs nur kleine Küstenschiffe und Fischerboote, und die Überfälle wurden mit primitiven Methoden ausgeführt. Einige gewöhnliche Daus legten sich bei Küsteninseln auf die Lauer und umzingelten ein Fahrzeug, das ihnen unvorsichtigerweise zu nahe kam. Weiter ging es nach Schema Eff. Konnte der Inhalt des Schiffsrumpfes von Hand umgeladen werden, so geschah das. Vor allem aber wurde — das war der Zweck der Übung — der Dieseltreibstoff in bereitgehaltene Kanister abgefüllt und schnurstracks auf den nächstliegenden Schwarzmarkt befördert.

Nachdem aber das Benzinproblem im Westen noch akuter geworden war und die Preise auf dem berüchtigten Rotterdamer „freien Markt“ in die Höhe geschneit waren, began-

nen sich Gangstersyndikate für das einträgliche Geschäft zu interessieren. Mit Kleinigkeiten wie ein paar hundert Litern gaben sie sich gar nicht erst ab, sondern nahmen ganze Tanker mit Rohöl aufs Korn. Natürlich sind sie vorsichtig genug, den Supertankern der allmächtigen „sieben Schwestern“ — der größten multinationalen Konzerne — vom Leibe zu bleiben. Aber von westeuropäischen Grossisten angeheuerte kleine Tanker fallen ihnen leicht zur Beute.

Gewöhnlich geht das so vor sich: Nach Agentenmeldungen wird ein „geeignetes“ Fahrzeug ausgesucht und geklärt, wann es ausläuft. An einer verhältnismäßig ruhigen Stelle der Wasserstraße zum Arabischen Meer läuft ein Motorboot, das angeblich der Küstenwache gehört, den Tanker an und verlangt zu halten, damit die vorzüglich getarnten „Polizisten“ die Schiffspapiere einse-

hen können. Das Ende vom Lied ist, daß der Piratenkapitän bei gezückten Pistolen und vor allem auf den Tanker gerichteten MGs diesen in eine versteckte Bucht steuern läßt. Der Funkdienst ist normal, kein SOS kommt. In der Bucht ist alles dafür bereit, dem Tanker im Handumdrehen ein anderes Aussehen zu geben. Auch eine neue Besatzung ist zur Stelle. Die Fracht gelangt unweigerlich auf den Rotterdamer Markt.

Wo der Pazifik und der Indik aneinander grenzen, wird schon so manches Jahrhundert Freibeuterei getrieben. Nur im zweiten Weltkrieg setzte sie aus, als die Frachter von Kriegsschiffen begleitet wurden und die Japaner, die diesen Raum besetzt hatten, den Mitgliedern der Besatzung eines jeden Bootes, das auch nur eine entfernte Ähnlichkeit mit einem Piratenfahrzeug hatte, die Köpfe abschlugen. Doch seit Mitte der 50er Jahre ist in dem weiten Raum von den Gilbert-Inseln und Samoa im Osten bis zur Straße von Malakka im Westen das Gewerbe allmählich wieder aufgelebt. „Diese Banditen sind so frech geworden, daß die Größe eines Schiffs für sie keine Rolle spielt“, schrieb die „Malay Mail“.

Tatsächlich gehören zu den Opfern Fahrzeuge wie der niederländische

Romantik verkehrt

Die Fremdenführer in dem montenegrinischen Städtchen Ulcinj an der Adria erzählen den Touristen gern, daß hier einst ein Schlupfwinkel von Piraten gewesen sei. Mit ihren flinken Fahrzeugen überfielen die Seeräuber die Schiffe venezianischer und französischer Kaufherren, raubten die Frachten und verkauften in der Levante Menschen in die Sklaverei. Jetzt heißt es wieder, daß das Befahren des Mittelmeers keineswegs ungefährlich sei.

Der Frachter „Transporta“ lief unter griechischer Flagge mit einer Partie Whisky und Zigaretten im Hafen Lissabon auf Zypern nach dem Libanon aus. Auf hoher See beschoß ein Schiff ohne Kennzeichen den Frachter mit MGs. Verwundete stöhnten, die unverletzten Mitglieder der Besatzung wurden gezwungen, die Fracht auf das Piratenschiff umzuladen, worauf dieses verschwand und den Kapitän des ausgeraubten Schiffes mitnahm.

Zwischen Sardinien und Korsika verschwand bei klarem Wetter der Schüttgutfrachter „Vita si“, der Chrom und Zinn aus Moçambique führte. Ebenso erging es dem Frachter „Denis M“ mit 5000 t Zement für Nigeria. Nach Ansicht von Experten des Zolls und des Grenzschutzes vieler Länder sind da Piraten am Werk.

Ich muß an das Griechenland aus der Zeit der faschistischen Diktatur der

schwarzen Obristen denken. Unser Schiff mit der roten Fahne wurde auf Korfu von Truppen zerniert, in den Straßen patrouillierte Militär, und die Wachen am Eingang der alten Festung, wo sich Kasernen befinden, waren verstärkt. Überall war das demagogische Wahrzeichen der Junta — ein Phönix — angebracht. Damals stieg die Zahl der Reeder in Griechenland merklich. Zu ihnen stießen fanatische Anhänger der Junta. Für ihre Treue bekamen sie zu Vorzugsbedingungen Kredite und kauften sich Frachter. Diese neuen Geschäftsleute wurden Fallschirmspringer genannt.

Die Junta ist in der Versenkung verschwunden, die Schiffe sind alt und der Konkurrenzkampf ist heftiger geworden. Viele der „Fallschirmspringer“ hatten einen schweren Stand. Da fanden sich, der Belgrader Zeitschrift „Ilustrovana politika“ zufolge, Retter im Stil der Chicagoer Gangster und der sizilianischen Mafia. Sie garantierten ihnen, sie vor der Pleite zu bewahren, aber nur wenn sie ihren Rettern aufs Wort gehorchen würden.

Die Methoden der Gangster gehen aus der bekannt gewordenen Geschichte vom Verschwinden der „Denis M“ hervor. Sie führte, wie gesagt, Zement für Nigeria. Auf hoher See wurde sie anders angestrichen und in „Rigoletto“ umbenannt. Statt der Fahne Griechenlands wurde die der Cayman-Inseln aufgezo-gen. Der schon an Nigeria verkaufte Zement wurde nach Port Sudan im Roten Meer befördert und anderweitig nochmals verkauft. Die nigerianische Firma,

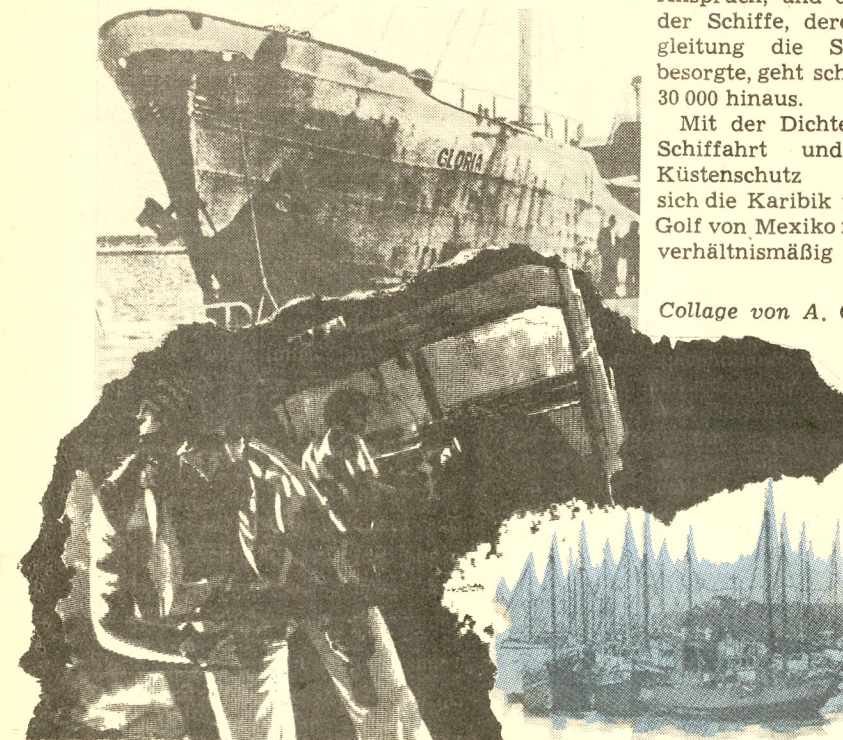
Ozeanriese „Van Hoitz“, der, portugiesische Schüttgutfrachter „Oporto“, die große britische „Mallory“ und der Passagierdampfer „Kong Pheit“, der auf der Route Guangtkhou—Hongkong verkehrt und auf dem die Piraten Beute für 280 000 Dollar machten. Als der griechische 10 000-t-Dampfer „Aeakos“ 100 Meilen vom Hafen Miri auf Sarawak entfernt auf

ein Riff auflief, mußte eine bewaffnete Wache der Singapurischen Privatgesellschaft Securitas im Laufe einer Woche mehr als zehn Überfälle von Piraten abwehren, die das Schiff an sich reißen wollten. Übrigens ist diese von einem Engländer namens Linfield Wilson gegründete Gesellschaft zum Schutz von Handelsschiffen vor Piraten, die über 400 ehemalige Ma-

trosen der Kriegsmarine beschäftigt, schnell auf einen grünen Zweig gekommen. Ihre Dienste nehmen 27 Reedereien in Anspruch, und die Zahl der Schiffe, deren Begleitung die Securitas besorgte, geht schon über 30 000 hinaus.

Mit der Dichte ihrer Schiffsahrt und ihrem Küstenschutz können sich die Karibik und der Golf von Mexiko mit dem verhältnismäßig stillen

Collage von A. Garatin



der erste Käufer, wandte sich an den Besitzer der verschwundenen „Denis M“. Dieser war über den „Verlust“ seines schönsten Stücks „untröstlich“. Das Schiff hatte inzwischen nochmals den Namen gewechselt und war ganz aus dem Mittelmeer abgedampft, natürlich mit Wissen des Besitzers, der die Weissungen von Berufsverbrechern befolgte.

Experten von der Interpol sagen, daß solche Schiffe in den Taschenspielerhänden der Mafia mehrmals Namen, Farbe, Flagge und Besatzung wechseln und an ungesetzlichen Transaktionen, meistens am Waffen- und Rauschgifthandel, beteiligt sind. Alte und polizeibekannte Schiffe werden von der Seemafia einfach versenkt und den Besitzern großzügig vergütet.

Manche der geschädigten Unternehmer versuchen, ihre Fracht mit Hilfe von Privatdetektiven ausfindig zu machen. Das tat z. B. Ahmed Abdul Rahman, ein Grossist aus Hodeida (Nordjemen), der in Singapur eine große Partie Nutz- und Schnittholz angekauft hatte. Den Transport übernahm ein „Fallschirmspringer“ aus Piräus, der Besitzer der „Cretan Pam“. Abdul Rahman wartete vergebens. Das Schiff „ver-

schwand“. Statt seiner erschien die „Gloria“ auf der Bildfläche, lief einen ganz anderen Hafen an, und dort wurde das Holz nochmals verkauft. Der Geschädigte reiste nach Piräus und suchte den Reeder auf. Der tröstete ihn, die Versicherung werde zahlen, und verlangte in einem Atemzug 500 000 Dollar für die schriftliche Bescheinigung, daß die Fracht verlorengegangen sei. Mit Hilfe seiner Leute stöberte der gewitzte Kaufmann dennoch die ehemalige „Cretan Pam“ auf, ließ sie beschlagnahmen und setzte sogar ihre Versteigerung durch. Eine vorgeschobene Firma kaufte sie für den Besitzer zurück. Das Geld bekam Abdul Rahman aber nicht zu sehen, es ging an eine griechische Bank, der das Schiff verpfändet worden war.

Der Kapitän Demosthenes Constantopoulos versuchte, sich gegen die Seemafia aufzulehnen. Sein Reeder schickte ihn mit Frachten nach Nigeria und Angola. Auf See aber wurde ihm befohlen, die Flagge zu wechseln und die „Anan X“ in „Nifin“ umzutaufen. Dann verkaufte der Reeder die Frachten an ein anderes Land Afrikas. Der Kapitän mußte fliehen, weil er dem Befehl des Reeders nicht nachkam, das Schiff mit- samt der Besatzung auf hoher See zu

Raum der traditionellen Seeräuberei im Fernen Osten ganz und gar nicht messen. Aber gerade dort hat die Freibeuterei seit einigen Jahren derart überhand genommen, daß im Englischen in Anlehnung an das bekannte Wort highjacking das neue yachtjacking gebildet worden ist.

Zu Anfang der 70er Jahre berichtete der brasilianische „O Globo“ über einen heutigen Seeräuber, den Deutschen Karl Glasel, der seinerzeit in Hitlers Kriegsmarine diente. Sein Fahrzeug, die „Sumyoshi“, kreuzte, hochmodern ausgerüstet und mit überschweren MGs bestückt, an der Küste Lateinamerikas, überfiel Frachter und trieb Waffen- und Rauschgiftsmuggel. Damals wurde die Mitteilung nicht so recht geglaubt.

Bald aber stieg die Zahl der auf geheimnisvolle Weise in der Karibik und im Golf von Mexiko verschwundenen Jachten und kleinen Fahrzeuge. Im Jahre 1970 stellte die US-Küstenwache im Monat einen bis zwei solche Fälle fest, später aber stieg die Zahl auf 12. Anfangs erklärte die Presse das Verschwinden mit unerforschten Naturerscheinungen und dem vielstrapazierten Bermuda-Dreieck. Als aber das Unwesen auf die südliche Pazifikküste der USA und auf den Raum von Hawaii über-

versenken. Seitdem muß er andauernd seinen Wohnsitz wechseln. Er kennt die „Fallschirmspringer“ und ihre Hintermänner nur zu gut und fürchtet ihre Rache.

Die britische Lloyd's-Versicherung hat festgestellt, daß seit einigen Jahren vier von je fünf untergegangenen Schiffen griechisch waren. Von den Katastrophen auf See und ihren Opfern entfielen 26% auf Schiffe ein und derselben Reeder. Voriges Jahr allein mußten Versicherungsgesellschaften infolge höchst merkwürdiger Schiffsbrüche rund 800 Mio Franc auszahlen.

Spuren der im Mittelmeer verschwundenen Schiffe (seit zwei Jahren waren es fast 50) sind wiederholt im Libanon gefunden worden. Die sogenannten Privatarmeen — bewaffnete Trupps einiger Parteien und anderer Organisationen — haben im Land eine Art Geheimhöfen angelegt, und hier treffen die äußerlich veränderten Schiffe mit Waffen ein. Von hier aus werden auch Schiffe überfallen und gekapert. Ein Opfer war z. B. ein libyscher Schüttgutfrachter, dessen Kapitän auf hoher See gezwungen wurde, den Kurs zu ändern.

Unter dem Druck der Interpol und der Versicherungen ist in Griechenland eine Sonderpolizei zur Bekämpfung der Seeräuberei aufgestellt worden. Es heißt, sie soll Leute nach allen Teilen der Welt schicken. Ob sie aber mit den Piraten des 20. Jahrhunderts fertig werden wird?

W. GAWILEWSKI

griff, war man sich darüber klar, daß die Natur unschuldig daran ist. Zudem stieg die Zahl der verschwundenen Schiffe unaufhaltsam weiter und verliefen in nächster Nähe belebte Seewege, und plötzliche Orkane kamen nicht vor.

Nachdem Mitte der 70er Jahre im Monatsdurchschnitt 17 kleinere Schiffe, Jachten und Vergnügungsdampfer samt Besatzungen verschwunden waren, gab John Murphy, Vorsitzender des Unterausschusses für Küstenbewachung im US-Repräsentantenhaus, dem versierten Kriminalisten Carl Perrian den Auftrag, eine Untersuchung vorzunehmen.

Er verhörte zahlreiche Beamte der Küstenwache, Experten für Schmuggelbekämpfung, Matrosen, Reeder und Fischer an der Atlantikküste von Florida, auf den Bahamas und in Puerto Rico. Aus seinem umfangreichen Bericht ging einwandfrei hervor, daß die meisten Fahrzeuge von Piraten gekapert werden. In den letzten Jahren verschwanden in der Karibik, im Golf von Mexiko sowie an der Atlantik- und Pazifikküste der USA über 600 Fahrzeuge verschiedener Art und mit ihnen über 2000 Personen. „Von 50 ist unumstößlich festgestellt, daß sie einem Yachtjacking zum Opfer gefallen sind“, erklärte Murphy, „Keiner von den mehr als 200 Jachtbesitzern und Besatzungsmitgliedern ist gefunden worden. Polizeixperten nehmen an, daß sie ermordet worden sind.“

Allmählich sind auch die Ursachen dieser Piratenexplosion an der Küste der USA an den Tag gekommen. Zu Anfang der 70er Jahre schnitt das amerikanische Föderale Rauschgiftbüro die früheren Routen des Rauschgifttransports aus Europa und dem Mittleren Osten ab, und die Untergrundsyndikate stellten sich auf den Marihuana-, Kokain- und Haschischsmuggel aus Lateinamerika auf dem Seeweg um. Sie rechneten u. a. darauf, daß sie in den Küstengewässern der USA, wo ständig Tausende von Privatjachten, Motorboote und Küstenschiffe fahren, leichter unbemerkt an der Küstenwache vorbeikommen würden. Besonders eignet sich dafür die 1350

Meilen lange Küste Floridas, die viele kleine Buchten hat.

„Im Besitz eines geeigneten Fahrzeugs können zwei junge, entschlossene Männer auf einmal eine große Partie Rauschgift befördern und einen enormen Gewinn einheimen“, sagte Murphy. „Die Piraten haben viel Chancen, denn Segler, die eine weite Fahrt machen, neigen nicht sehr dazu, sich zeitlich festzulegen und zu funken, wo sie sich jeweils befinden. Deshalb sind Freunde und Verwandte unbesorgt, wenn sie eine Zeitlang keine Nachricht von ihnen haben.“

Der größte Umschlagsplatz für Rauschgift aus Lateinamerika, das nach den USA gehen soll, ist zur Zeit die Coffin-Insel an der Südküste Puerto Ricos. Von dort wird es auf die Fischerdörfer auf der ganzen Insel verteilt und aus diesen nach Florida geschafft. An jedem Abschnitt der geheimen Route warten Transporteure, die die Boten mit dem Rauschgift weiterbefördern. Von einem namens John Brand berichtete die amerikanische Zeitschrift „Argosy“. Der 26jährige Amerikaner

heuerte in Nassau (USA) auf der Jacht „Rand II“ an, die einem kalifornischen Geschäftsmann gehörte. Auf der Fahrt über die Karibik in Richtung Panama erschoss Brand den Besitzer der Jacht und seine Frau und brachte das Fahrzeug in ein Fischerdorf an der Küste Puerto Ricos, spritzte sie in anderen Farben und verschaffte sich gegen Bestechung die nötigen Papiere. Danach schmuggelte er Haschisch aus Kolumbien nach der Coffin-Insel. Mit der Zeit genügte ihm das aber nicht mehr, und er beschloß, sich selbstständig zu machen.

Sein Versuch, mit den Gangstersyndikaten zu konkurrieren, nahm ein böses Ende. Er und der Schmuggler, dessen Fracht er zu befördern übernommen hatte, wurden tot aufgefunden. Das Schicksal des von Habgier verblendeten ermordeten Piraten bestätigt nur nochmals das bei den Piraten geltende Gesetz, daß Seeräuberei nur straff durchorganisierte Syndikate betreiben dürfen und daß Einzelgänger die Finger davon lassen sollen.

S. MILIN

VOM VÖLKERRECHTLICHEN STANDPUNKT

Schon im Altertum und später im Mittelalter war die Seeräuberei weit verbreitet. Sie fügte der Seefahrt und dem Handel empfindlichen Schaden zu. Die Piraten galten als Schwerverbrecher, Staaten schlossen Verträge über ihre gemeinsame Bekämpfung.

Am jetzigen Aufflackern dieses verbrecherischen Gewerbes ist weitgehend die Politik der reaktionären imperialistischen Kreise schuld, die sogenannte Lokalkriege und andere bewaffnete Konflikte anzetteln, um die nationale Freiheitsbewegung niederzuwerfen. Das Überhandnehmen der Raubüberfälle auf See ist auch auf die Atmosphäre der Gewalt zurückzuführen, die in der kapitalistischen Gesellschaft mit ihrer Profitgier, ihrer Mißachtung für die menschliche Persönlichkeit und ihrem Gangsterunwesen herrscht. Hinter den heutigen Seeräubern stecken die Bosse der Verbrechersyndikate, Kreaturen der Monopole. Es ist auch keine Seltenheit, daß militärische sowie Geheimdienststellen von der Seeräuberei und von Piraten für politische Zwecke Gebrauch machen.

Die Bekämpfung der Freibeuterei ist jetzt durch die 1958 unter Beteiligung der UdSSR geschlossene Genfer Konvention über die offene See geregelt. Sie betrifft nicht allein Schiffe, sondern auch Flugkörper und geht davon aus, daß nur Privatpersonen Piraten sein können. Wenn das Verbrechen von einem Staat, von dessen Flotte verübt wird, dann ist das kein Piraten-, sondern ein Aggressionsakt.

In der Konvention ist „jeder unrechtmäßige Akt einer Gewaltanwendung, Aushaltung und Ausplünderung“ als Seeräuberei qualifiziert. Jeder Staat darf mit den ihm verfügbaren Mitteln die Verbrecher festnehmen. Die Schuldigen werden nach den Gesetzen des Landes des Geschädigten belangt.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Der Schriftsteller Juri Nagibin kritisierte in seiner Reportage (Heft 41/1979) die Gesellschaft der USA dafür, daß die Negerbevölkerung der weißen gegenüber zurückgesetzt ist, u. a. im Bildungswesen. Ähnlich ist es aber fast überall, Arbeiterkinder haben viel weniger Chancen zum Studieren als Kinder wohlhabender Eltern oder Intellektueller. Soviel ich weiß, hatten Arbeiterkinder bei ihnen nach der Revolution Vorzugsbedingungen für den Eintritt in eine Hochschule. Jetzt aber gibt es das auch bei ihnen nicht mehr.

Oliver BLONTE
Detroit, USA



Es diskutiert
das Mitglied des
NZ-Redaktionskollegiums
Albert
PIN

In Ihrem Schreiben haben Sie gleich mehrere Fragen aufgeworfen. Ich will mit der letzten beginnen. Tatsächlich hatten Arbeiterkinder nach der Oktoberrevolution gewisse Vergünstigungen beim Eintritt in eine Hochschule. War das berechtigt? Bestimmt. Viele alte Akademiker waren nicht für die Revolution und wollten dem Volk bei der Neugestaltung seines Lebens nicht helfen. Das Land mußte also eine Schicht von Spezialisten heranschulen, die dem jungen sozialistischen Staat ergeben sein würden. Und noch ein wichtiges soziales Moment sprach dabei mit: Wir wollten die Klassenunterschiede aufheben und wirkliche Gleichstellung der Menschen herbeiführen.

Seitdem hat sich unsere Gesellschaft verändert. Wir haben eine sozialistische Arbeiterklasse, eine Kolchosbauernschaft und eine Volksintelligenz. Die Trennungsstriche zwischen den sozialen Schichten verwischen sich. Es gibt viele Familien, deren Mitglieder teils Arbeiter und teils Bauern sind. Oft ist der Mann Arbeiter und die Frau Lehrerin oder Ingenieurin, oder aber die Frau arbeitet in der Kolchose und der Mann in einem nahen staatlichen Betrieb. Die Frage nach der sozialen Zugehörigkeit ist da nicht leicht zu beantworten. Hat es jetzt noch einen Sinn, jemandem bei den Ausscheidungsprüfungen an den Hochschulen Vergünstigungen zu gewähren? Nein. Die Kinder aller Bevölkerungsschichten erwerben jetzt fast gleiche Bildung, und sehr oft werden bei den

Prüfungen Kinder von Ärzten oder Lehrern von Arbeiterkindern überrundet.

Wir haben schon lange einheitliche akademische Kriterien dafür, im Wettbewerb die fähigsten und am besten vorgebildeten Anwärter zu ermitteln. Die Bevorzugung der einen und die Zurücksetzung der anderen wäre in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, die bei uns geschaffen worden ist, einfach untragbar, schon deshalb, weil sie uneffektiv wäre. Ebenso, wie man im Sozialismus keine schnelle Zunahme der gesellschaftlichen Produktion bei einer Gleichmacherei in der Entlohnung erzielen kann, ebenso unmöglich ist eine effektive Auswertung der Erkenntnisse aus der wissenschaftlich-technischen Revolution bei einer Gleichmacherei im Bildungswesen.

Für gewisse Unterschiede in den Chancen auf eine Hochschulbildung und bei der Berufswahl (die bestehen, denn nur ein Teil der Abiturienten tritt in Hochschulen ein) sind natürlich nicht nur die angeborenen Fähigkeiten eines jungen Menschen bestimmend. Da sind Unterschiede unvermeidlich, denn es bestehen Unterschiede zwischen Stadt und Land, Unterschiede in der materiellen Lage, im Bildungs- und Kultur-niveau der Familien usw. Mit diesen Problemen beschäftigt sich eingehend der Staat. Eine Methode, sie zu lösen, ist die Einrichtung von Vorbereitungsabteilungen an den Hochschulen für junge Menschen, die aus irgendwelchen Gründen (wegen Arbeit im Betrieb

oder Dienst in der Armee) nicht gleich nach dem Abitur studieren konnten. Nach acht Monaten Unterricht legen die Hörer Abgangsprüfungen ab und werden, wenn sie sie bestanden haben, ohne Aufnahmeprüfungen immatrikuliert.

Weit verbreitet ist in unserem Land der Abend- und der Fernunterricht, dank dem man neben der Arbeit studieren kann. Da der Besuch der Oberschule Pflicht ist, können Angehörige aller sozialen Gruppen weiterlernen.

Es versteht sich von selbst, daß es in der UdSSR keine Analphabeten in den Gebieten gibt, die früher als Randgebiete des zaristischen Rußlands galten. In allen Sowjetrepubliken sind bei der Ausbildung von Fachkräften große Erfolge erzielt worden.

Zum Schluß eine Tatsache, die Ihnen bekannt sein dürfte: In den USA sind zwei Drittel aller Hochschulen privat, und die Studiengebühr ist höher als das Jahreseinkommen sehr vieler Familien. Stipendien bekommen an den Hochschulen der USA und der anderen kapitalistischen Staaten nur ganz wenige. Bei uns dagegen ist das Studium gebührenfrei, die Studenten genießen allerlei staatliche materielle Hilfe und Vergünstigungen, und über drei Viertel aller Studenten an den Tagesabteilungen beziehen Stipendien. Ich meine, auch das läßt deutlich erkennen, ob Arbeiterkinder in einem kapitalistischen oder einem sozialistischen Land leichter ein Hochschuldiplom bekommen können.

PREISE DER NEUEN ZEIT

Für die besten Beiträge des Jahres 1979 hat unser Redaktionskollegium folgende Autoren ausgezeichnet:

R. Andreassian, M. Galin, I. Grigulewitsch, N. Jakowlew, E. Kowaljow, W. Krawzow, I. Kremer, M. Krutichin, W. Larin, M. Lwow, L. Medwedko, P. Mesenzew, W. Midzew, G. Ustinow und B. Wesnin.

Für ihre rege Mitarbeit dankt das Redaktionskollegium J. Ambarzumow, O. Anitschkin, W. Ardatowski, K. Borissow, A. Bowin, O. Darussenkow, W. Drobkow, W. Jeshow, A. Knjasew, W. Kortunow, J. Krassin, W. Lawrenow, A. Leontjew, J. Lugowskoi, A. Medwedenko, A. Milejkowski, J. Nagibin, W. Nekrassow, N. Portugalow, J. Potomow, D. Proektor, J. Scherkowin, L. Semejko, V. Skworzow, G. Stach, I. Stschedrow, N. Stscherbakow, A. Ter-Grigorian, W. Tschakiridis, A. Tschertanow und O. Wolgin.

Allen unseren Mitarbeitern wünschen wir viel Erfolg im neuen Jahr.

PS

Kirche und Stadion

Im Stadion des Fußballklubs von Angeren (Holland) sieht man neuerdings neben der Werbung für Bier und Waschpulver folgende Inschrift: „Nach Sport und Arbeit denkt auch an unsere beiden Kirchen!“ Sie stammt von dem katholischen Pfarrer Snoeren und dem protestantischen Geistlichen van den Berg. Es ist nämlich so, daß sich die Reihen der Gläubigen beider Kirchen in letzter Zeit stark lichten.

Ein Kartoffelskandal



Zwei oppositionelle Labour-Abgeordnete des neuseeländischen Parlaments trugen feierlich auf einem großen Tablett faule Kartoffeln in den Sitzungssaal und legten sie vor dem Parlamentsstellvertreter Landwirtschaftsminister Talbots nieder. Dazu sagten sie, solche faulen Kartoffeln hätten sie in Geschäften Wellingtons aus Tüten mit der Aufschrift „1. Sorte“ geholt. Talbot griff wütend nach einer großen Kartoffel und schmiß sie zu den Sitzen der Labour-Fraktion hinüber. Nur mit Mühe konnte der Speaker Ruhe und Ordnung wiederherstellen. Die Labour-Abgeordneten legten die Kartoffel wieder auf das Tablett und trugen es buchstäblich vor der Nase jedes einzelnen Regierungsglieds vorbei. Die Presse Neuseelands schreibt oft, daß in jedem Sack Kartof-

feln die Hälfte aus Erde mit grünen oder faulen Knollen bestehe.

Ein reuiger Sünder



In Hollywood betrat ein Mann ein großes Geschäft, legte eine Kamera im Wert von 1000 Dollar auf den Ladentisch und sagte: „Ich habe sie hier vor einem Jahr gestohlen. Vor kurzem aber sprach ich mit Gott und möchte kein Dieb mehr sein.“ Die Polizisten, die ihn festnahmen, sagten: „Gott wird ihm vielleicht verzeihen, ob aber die Richter, das ist noch die Frage.“

Die Rasse macht's

Pilar von Goess ist jetzt das prominenteste Mannequin in den USA. Für das Recht, ihr Foto zu veröffentlichen, zahlen die Illustrierten bis zu 1000 Dollar, wieso, das erklärt der amerikanische Schauspieler Andy Warhol wie folgt: „Sie ist vielleicht nicht hübsch, besitzt aber das angeborene gewisse Etwas des Adels.“ Pilar von Goess ist der letzte Sproß eines altösterreichischen Adelsgeschlechts.

Im Fundbüro nachfragen?

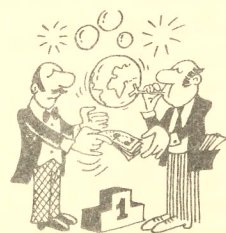
Ein schwedischer Fußballfan war so vertieft in die Rundfunksendung von einem Fußballspiel, daß er nicht merkte, wie ihm die Frau abhanden kam, die mit ihm im Wagen gefahren war. Als er bei einer Tankstelle hielt, fiel ihm

ein, daß er 90 km weiter zurück die Frau herausgelassen hatte, damit sie sich etwas die Beine vertreten konnte.

Wie die anderen auch

Der Held eines neuerlichen politischen Skandals in London ist der prominente Politiker Winston Churchill, ein Enkel des ehemaligen Premierministers gleichen Namens. Es ist enthüllt worden, daß er mit der Frau eines bekannten saudischen Wafenhändlers ein Verhältnis gehabt hat. Im Schattenkabinett der Konservativen, vor deren Wahlsieg für Verteidigungsfragen zuständig, hatte dieser Herr Zutritt zu militärischen Geheimnissen, die der Dame seines Herzens nicht gleichgültig gewesen sein dürften. Die Labour-Fraktion brachte im Parlament eine diesbezügliche Interpellation ein. Um den Skandal zu vertuschen, lehnte es die Premierministerin Thatcher ab, den Fall vor den Verteidigungsausschuß zu bringen, und der Tory-Abgeordnete McMillan erklärte in aufrichtiger Verwunderung: „Nennen Sie mir doch einen einzigen Politiker, der nicht schon so eine Geschichte gehabt hätte. Es sind ja alle so.“

Merkwürdiger Preis



Die Presse Kairos meldet, daß bald der einen, bald der anderen ägyptischen Firma ein internationaler Preis namens Goldplanet zuerkannt werde, u. zw. für erstklassige Gebrauchsgüter. Einmal war unter den Preisträgern eine Seifensiederei, obwohl in den ägyptischen Geschäften Seife seit einem halben

Jahr kaum aufzutreiben ist. Das Geheimnis, warum gerade diese Firma einen Preis bekommen hat, lüftet die Zeitung „Al-Shaab“: Das könne jede Firma, die dafür an das italienische Werbebüro einige Tausend ägyptische Pfund gezahlt hat.

Die Genossin Anna Karenina...



Die Regierer der rassistischen RSA haben es mit der „kommunistischen Gefahr“. Wie aus Johannesburg gemeldet wird, hat die dortige Zensur Tolstois „Anna Karenina“ zu den verpönten Schriften gezählt, wie der südafrikanische „Star“ schreibt, weil der Roman russisch ist und folglich marxistisch sein müsse. Die russische Titelheldin sei also eine aktive Gegnerin der Apartheid. Zu den von der rassistischen Zensur verbotenen Büchern gehören auch solche von Puschkin, Tschechow, Gorki, Jack London, Shakespeare, Dreiser, Rolland und vielen anderen weltbekannten Schriftstellern.

Hakenkreuz wieder salonfähig

In einem Lehrbuch für die Schulen Niedersachsens wird den Schülern für das Ornamentzeichnen auch das Hakenkreuz empfohlen. Es sei ein „Zeichen für Glück, Fruchtbarkeit, Wohlergehen, Reichtum“. Als den Verfassern des Buches Vorwürfe wegen des Hakenkreuzes gemacht wurden, spielten sie die gekränkte Unschuld — im Nazistaat habe als Emblem und Hoheitszeichen das Hakenkreuz gedient, während es in dem Buch Swastika genannt ist.

Zeichnungen:
W. Rosanzew

AEROFLOT LÄDT SIE EIN ZU EINER INTERESSANTEN REISE NACH MOSKAU, DER HAUPTSTADT DER OLYMPISCHEN SPIELE 1980

Sie werden großartige Geschichts-, Architektur- und Kulturdenkmäler sowie neue Wohnviertel sehen, können weltbekannte Theater, Museen und Ausstellungen besuchen. Auch andere Städte der Sowjetunion erwarten Sie.

Näheres über die interessantesten Reiserouten erfahren Sie in jeder Vertretung bzw. Agentur von Aeroflot und Intourist.

MOSKAU ERWARTET SIE!

OFFICIAL OLYMPIC CARRIER

АЭРОФЛОТ

Soviet airlines

NEUE ZEIT

Neue Zeit bringt die "Neue Zeit" prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ